



Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Sozialdemokrat, Prag.
Bollschiedamt 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachsch.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 98.—
ganjährlig . . . 192.—
Anstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Kultur, die Sie meinen...

Die deutschen Merkale hielten am Sonntag unter großer Aufmachung in Wambsdorf einen sogenannten Katholikentag ab, das ist eine jener Veranstaltungen, die eine raffinierte Mischung von gottesdienstlichen Handlungen und parteipolitischen Reden, frommen Predigten, Massenaufzügen und Festkommerzen darstellen, alles dem einen Zwecke dienend: unter schamlosem Mißbrauch der Religion die Macht des Merkalismus zu steigern. Unter den dort gehaltenen Reden ist besonders eine Rede des Leitmeritzer Bischofs Monsignore Josef Groß bemerkenswert, weil sie die merkale Machtbestrebungen aufs deutlichste zeigte, wiewohl sie dies mit, nennen wir es: bischöflicher Schlaueit durch salbadernde Redensarten von christlicher Nächstenliebe, christlicher Demokratie und christlichem Geiste zu verbergen suchte. Der Herr Bischof hatte die Aufgabe übernommen, in der Männerversammlung über das Thema „Kirche und Kultur“ zu sprechen und man konnte schon begierig sein, zu erfahren, was er darüber zu sagen habe und in welchem Zusammenhang er diese einander widerstreitenden Begriffe zu bringen gedenke. Er hat in der Tat das Kunststück zustande gebracht. Wie, das verdient eine nähere Würdigung.

Der geistliche Redner begann damit, daß er kühn die Behauptung wagte, daß die Kirche den Völkern in früheren Jahrhunderten „unzählige Wohltaten“ erwiesen habe, wobei man nicht weiß, ob er da an die Glaubenskriege, die Inquisitionsgerichte oder die Hexen- und Ketzerverbrennungen gedacht hat. Ohne dieser „Wohltaten“ weiter Erwähnung zu tun, ging er zur Widerlegung des Vorwurfs über, daß die Kirche ihre Pflicht nicht getan habe und daß sie den modernen Völkern nichts mehr geben könne. Und nun entwickelte der Herr Bischof, was er sich unter Kultur denke. Kultur sei ihm, so sagte er, nicht etwa die Prosperität der Börse, nicht der Stand der Valuta oder Handelsbilanz, oder die Zahl des stehenden Heeres. Nun sollte man meinen, er werde als Kultur die Wissenschaft, die Kunst, die Bildung und Aufklärung nennen. Nein, Kultur ist ihm schlechthin nichts anderes als — Leser merkt du was? — „die moralische und sittliche Kraft des bürgerlichen Lebens“. Moralisch und sittlich, man weiß, was sich das heuchlerische Zerkentum der Schwarzen darunter vorstellt. Von dieser Kultur habe die Kirche, so behauptet der Herr Bischof, den modernen Völkern viel gegeben. Also hören wir, was er als Beweis anführt: vor allem das — Beltrundschreiben Papst Leo XIII. Das nennt Herr Groß also schon eine Tat, auf Grund deren er zu folgern sich berechtigt fühlt, die Kirche habe den modernen Völkern „unendlich viel“ gegeben. Wir wissen natürlich nicht, was in diesem Rundschreiben steht, zu welcher Unwissenheit wir uns umso berechtigter halten, als wir sie mit den merkalen Führern und Abgeordneten teilen, denn ihnen allen empfahl der Herr Bischof die Lektüre des Rundschreibens. Er selbst wußte darüber zu erzählen, daß darin der Papst schon vor Jahrzehnten prophetisch die heutigen Zustände vorausgesehen und die Aufgaben des christlichen Staates gezeichnet habe. Aus dieser Inhaltsangabe den Schluß zu ziehen, daß schon das, was Leo XIII. den modernen Völkern gegeben habe, „genüge“, um den erwähnten Vorwurf zu „entkräften“, das vermag wohl außer den frommen Schäfchen, die am Katholikentag teilnahmen, niemand einzuschlagen.

Der Herr Bischof begnügte sich aber nicht mit diesem einen Beweis: „Auf Leo XIII. folgte Pius X. Dieser Papst war es, der uns das — Kommuniondekret gegeben hat und wer Kommunion sagt, der sagt damit zugleich „die Sünde fort!“ und wer die Sünde aus der Welt schafft, hat fast alles für die wahre Kultur getan.“ Jetzt ist es also schon zweierlei, was die modernen Völker an „wahrer Kultur“ von der Kirche empfangen haben: ein Beltrundschreiben und ein Kommuniondekret! Nun wissen wir, was den Völkern an Kultur fehlt: ihre Angehörigen gehen zu selten zur Kommunion! Wenn ihnen

Die Revolution in Griechenland.

Eine neue Gefahrenquelle.

Prinz Georg — der Nachfolger Konstantins.

London, 28. September. (A. N.) Aus Athen wird berichtet, daß Prinz Georg nach der Abdankung Konstantins die Regierung angetreten hat. Es heißt, daß die Revolutionäre nicht gegen ihn sind. Obwohl in der Hauptstadt von Griechenland große Erregung herrscht, artete die Revolution nicht in ernste Gewaltakte aus.

Konstantin verhaftet?

Paris, 28. September. (Havas.) Nach einer Londoner Meldung aus Athen soll Konstantin verhaftet und ein Minister bei Unruhen erschlagen worden sein.

Genf, 28. September. (R. B.) Die hellenische Abordnung beim Völkerbundrat ist telegraphisch verständigt worden, daß König Konstantin nachmittags von Revolutionären gefangen gesetzt wurde.

Die Vorgänge in Athen.

Paris, 28. September. (Havas.) Nach Ablauf des ersten Revolutionsabschnittes in Athen ist das ausländische Militär von Piräus abgezogen und hat sich in öffentlichen Gebäuden einquartiert. Die Royalisten versuchten, bewaffneten Widerstand zu leisten, doch traten ihnen benizelistische Elemente entgegen, die sich der Polizeipräfektur bemächtigten und die Situation beherrschten. Konstantin beabsichtigte, sich anfangs zu widersetzen, sah jedoch später die Unmöglichkeit jeglichen Widerstandes ein. Außerdem wurde ihm auch geraten, von gegenrevolutionären Maßnahmen abzusehen.

Athen, 27. September. (Havas.) Griechische Truppen aus Mytilene und Chios, begleitet von Kriegsschiffen, die sich der Aufstandsbewegung angeschlossen haben, sind gestern in Laurion und an anderen Punkten der Küste in der Umgebung von Athen gelandet. Das Panzerschiff „Lemnos“ hat der Regierung auf radiotelegraphischem Wege ein Ultimatum übermittelt, worin die Annahme der Bedingungen der Proklamation des Obersten Gouatas noch vor Mitternacht verlangt wird. Nach dem Ministerate erklärte Triantaphyllos, daß Papulas beauftragt worden sei, mit den Aufständischen zu verhandeln. Papulas wird sofort mit den Parlamentären in Laurion zusammentreten.

Kultur mangelt, so tragen sie daran selbst die Schuld, denn Pius X. hat doch „fast alles“ für die wahre Kultur getan, indem er das Kommuniondekret erließ. So nebenbei: die Sünde wird also „aus der Welt geschafft“, wenn die Menschen fleißig zur Kommunion gehen!

Doch es gibt der Päpste noch mehr, die nach Bischof Groß der Menschheit „Großes“ gegeben haben. Er verweist auf Benedikt XV., der für einen Verständigungsfrieden eingetreten sei. Da wäre dem Herrn Bischof zu sagen, daß dasselbe und weit früher die Sozialdemokraten getan haben. Wenn nun Herr Groß diese Lätigkeit des Papstes rühmt, so sei er gefragt, wie sich im Kriege die übrige Kirche, ihre Diener und Anhänger, die Merkale und deren Presse verhalten haben? Weiß er nichts davon, daß die Merkale und ihre Zeitungen die ärgsten Kriegsheker und Wortführer der Verlängerung des Weltmordens waren? Wenn man die kriegshekerischen Leistungen der Tausenden Diener der Kirche in allen Ländern überblickt, wird man nach den Friedensmanifesten, die Benedikt XV., ein weißer Hahn, im Toisen des Krieges der christlichen Völker völlig vereinsamt und unbeachtet erließ, diese Leistung der Kirche kaum als etwas imponierendes ansehen können. Herr Bischof Groß nennt dann noch Pius XI.: „ein Mann, der die deutsche Sprache vollständig beherrscht“, (welche Leistung für die Kultur!) und der „überall, wo Not aufsteht, seine —

Die Lage in Saloniki.

Saloniki, 27. September. (Havas.) Die hiesige Garnison hat sich der Aufstandsbewegung angeschlossen. Die unabhängigen Deputierten Dragumis und Nikolaidis erklärten, daß sie die Gefühle der Truppen teilen. Die militärische Bewegung wird von royalistischen und benizelistischen Offizieren gemeinsam geleitet, sie hat daher keinen ausschließlich benizelistischen Charakter. Prinz Paul soll an Bord des Kriegsschiffes „Elli“ gefangen gehalten werden. Trotz des Ernstes der Lage ist es in Athen vollkommen ruhig.

Bedürfnisse und Maßnahmen.

Paris, 28. September. Ueber die Beurteilung der Lage in Griechenland durch die politischen Kreise Frankreichs teilt die „Agence Havas“ offiziös mit: Welche Entwicklung auch die Aufstandsbewegung in Griechenland nehmen sollte, sie kann Frankreich nicht gleichgültig lassen; sie droht die Lage im Nahen Osten noch weiter zu verwickeln. Die Türken mit ihrem angeborenen Mißtrauen seien geneigt, in den Athener Vorgängen einen letzten Versuch zu erblicken, die gefährdete Stellung Griechenlands zu retten. Einige von ihnen seien schon auf die Rückberufung Benizelos und eine neue Offensive der griechischen Truppen in Thrazien gefaßt.

Frankreich und die griechische Revolution.

Paris, 28. September. (Havas.) Poincaré setzte dem Ministerrate die Situation im Orient und in Griechenland auseinander. Der Ministerrat konstatierte, daß die Ereignisse in Griechenland die französische, im Einvernehmen mit den Verbündeten bezüglich der Mustapha Kemal mitgeteilten Anträge gefaßte Entscheidung nicht ändern können.

England für Rußlands Teilnahme an der Orientkonferenz.

London, 28. September. (Reuters.) Ein Ministerrat erörterte die Frage des Nahen Ostens. Er nimmt gegenüber den Wünschen Moskaus bezüglich der Regelung der Orientfragen keinen ungünstigen Standpunkt ein, will jedoch erste Vorsichtsmaßnahmen getroffen sehen, falls die Alliierten beschließen sollten, die in der russischen Note ausgesprochenen Anregungen in Erwägung zu ziehen.

Stimme hören läßt.“ Weiter nichts? Ist das alles, was er gegen die Not tut: die Stimme hören lassen? Da die Kirche und im besonderen der Papst unermessliche Reichtümer ihr eigen nennen, so ist das für die gerühmte christliche Nächstenliebe gewiß ein bißchen zu wenig. Im zweiten Teile seiner Rede wird Herr Bischof Groß schon deutlicher, wie er sich die Kulturmission der Kirche vorstellt: „Geben Sie acht, man wird noch nach der Kirche rufen.“ Diese Erwartung hegt er, weil er meint, die Staaten und Regierungen würden sie als „Stütze der Autorität“ brauchen. Und noch einmal ruft er aus: „Warten Sie meine Herren, man wird die Kirche noch rufen, damit sie Autorität lehre, bevor es zu spät ist.“ Der Herr Bischof empfiehlt also den kapitalistischen Regierungen eindringlich die Kirche als „Lehrerin der Autorität“, als Zuchttrute für die widerborstigen Untertanen zur Herbeiführung „gottgefälliger“ Demut, Ergebenheit und Dummheit. Man wird sich dieses Geständnis einer frommen bischöflichen Seele gut merken, wenn man die Kulturmission der Kirche richtig einschätzen will.

Der bischöfliche Redner beschäftigte sich auch mit der Sozialdemokratie. Eigentlich begreife er, wie er da ausführte, das Streben der Sozialdemokratie, eine Parteidemokratie herzustellen. Der Rede Sinn ist wohl dunkel, aber wenn wir auch nicht wissen, was der Bischof eigentlich meinte, so wollen wir an-

Die österreichischen Kammern für Arbeiter und Angestellte.

Ein Vorbild für das Proletariat der Tschechoslowakei.

Von Dr. Hermann Heindl, Sekretär der Wiener Arbeiterkammer.

Vor mehr als einem Jahre haben in der Republik Oesterreich die auf Grund eines Gesetzes der Nationalversammlung gewählten Kammern für Arbeiter und Angestellte oder wie man sie kurz nennt, Arbeiterkammern, ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihre Begründung bedeutet die Verwirklichung einer alten, bis in das Jahr 1848 zurückreichenden Forderung der Arbeiterschaft der vergangenen österreichischen Monarchie. Die Tatsache, daß auch die deutsche Arbeiterschaft der heutigen tschechoslowakischen Republik bis zum Zusammenbruche des alten Osterreichsstaates die Forderung nach Arbeiterkammern stets gemeinsam mit der Arbeiterschaft der ganzen Monarchie und vor allem der der heutigen Republik Oesterreich vertreten hat und die vielen Zweifel, die auch im sozialdemokratischen Lager selbst über die Notwendigkeit des Bestandes von Arbeiterkammern neben den Gewerkschaften und über deren Wirkungsmöglichkeiten laut geworden sind, lassen es angemessen erscheinen, nach einem Jahre des Bestandes der österreichischen Kammern an dieser Stelle deren bisheriges Wirken und somit deren Bedeutung überhaupt zu beurteilen.

Die außerordentlichen Verhältnisse, in denen sich die Republik Oesterreich gegenwärtig befindet, in der die Frage des Seins oder Nichtseins schon nahezu seit Jahren auf der Tagesordnung steht, haben den Kammern nicht Zeit gelassen, sich in Ruhe einzurichten. Es zeigte sich, daß sie neben der politischen Partei und neben den Gewerkschaften ein unentbehrliches Glied in der Reihe der Kampforganisationen des Proletariates darstellen. Dies durch ihre Aufgabe, an der Verwaltung des Staates, deren schwerwiegender Einfluß sich gerade heute unter der Last eines zum großen Teile und gerade in seiner Spitzen reaktionären Beamtenkörpers so unangenehm fühlbar macht, durch deren Kontrolle und durch deren vorwärtstreibende Beeinflussung mitzuwirken, um vor allem den nicht zu unterschätzenden Einfluß der Handelskammern zu parallelisieren. Um diese Mitwirkung zu ermöglichen, wurde den Behörden durch das Kammergesetz die Verpflichtung auferlegt, alle Gesetze und sonstigen Vorschriften, die der Regelung von Fragen des Arbeitsverhältnisses, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und des Arbeitsmarktes, der Wohnungsfürsorge, Volksernährung, Volksgesundheit und Volksbildung, sowie ganz allgemein der Regelung von Angelegenheiten des Gewerbes, der Industrie, des Handels und des Verkehrs dienen, vor ihrer Einbringung bei den gesetzgebenden Körperschaften bzw. vor ihrer Erlassung den Kammern zur Begutachtung vorzulegen. Es sieht den Kammern

nehmen, daß er unseren Bestrebungen keine Sympathie aussprechen wollte. Doch schon kommt der Herdeseß des Herrn Bischof zum Vorschein: der Arbeiter sucht das Heilmittel „Leider Gottes“ durch die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zu erreichen. Das heißt, er „begreift“ das Streben der Sozialdemokratie, aber er sieht es nicht gern, daß die Arbeiter dieser Partei zugehören, was „leider Gottes“ der Fall ist. Es wäre ihm wesentlich lieber, wenn die Arbeiter im Schoße des alleinseligmachenden Merkalismus ihr Heil suchen würden. Dieser würde sie mit Predigten, frommen, eventuell kräftigeren Mitteln zum Glauben an die Autorität ihrer „Herren“ erziehen. „Leider Gottes“ wollen die Arbeiter den Locktönen des Herrn Bischofs nicht folgen.

„Christlich müssen die Völker wieder werden“, so ruft Herr Groß zum Schluß seiner Rede aus. In dem Vernichtungsfeldzug gegen die Wiedertäufer und in den Feldzügen zur Ausrottung der Protestanten hieß die Parole ähnlich: „Wir wollen sie katholisch machen!“ Und das bedeutete das Vertreiben, Foltern, Niederschießen, Köpfen, Rädern, Verbrennen und Vierteilen derer, die nicht zur Alleinseligmachenden sich bekennen wollten. Von dieser Kulturträchtigkeit des Merkalismus sprach wohl der Herr Bischof nichts. Aber er wird nicht hindern können, daß, wenn er den Ruf nach „Verchristlichung“ erhebt, die Volksmassen sich auch dieser Kulturtat der Kirche zur Zeit ihrer Herrschaft bewußt bleiben.

jedoch auch das Recht der Initiative zu, d. h. Vorschläge und Gutachten über Fragen der erwähnten Art den Behörden und gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen und durch Erstattung von Besetzungsvorschlägen Kommittee von Mitgliedern in Beträgen, Kommissionen, und dergleichen an der Finanz-, Wirtschafts-, Gewerbe- und Unterrichtsverwaltung mitzuwirken, wo dies im Gesetze vorgesehen ist.

Um sich da jedoch voll und ganz bekämpfen zu können, mußte die Wiener Kammer, die überhaupt in besonders gewichtigen Angelegenheiten jenseit das Mandat für die übrigen Kammern führt, vorerst ein Gesetz durchsetzen, das die Arbeiterkammern den Handelskammern gleichstellte. Die Mitwirkung dieser an der Verwaltung ist in verschiedenlichster Form in einzelnen Paragraphen zahlreicher Gesetze und Verordnungen festgelegt, die zum großen Teile auch in der tschechoslowakischen Republik noch in Geltung stehen und die es den Handelskammern ermöglichen, alle Zweige der Verwaltung mit ihrem Einflusse zu durchdringen.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit wurden die Kammern sofort vor die Aufgabe gestellt, den Angriffen auf die neuen sozialpolitischen Schutzgesetze wirksam zu begegnen. Sie waren für eine solche Abwehr umso besser gerüstet, als die größte der Kammern, die Wiener Kammer, unter der Leitung des Mannes steht, der diese Gesetze zum größten Teile geschaffen hat, des Genossen Ferdinand Hanusch.

So bekämpften die Kammern und fast überall mit Erfolg die zahlreichen Versuche einer Durchbrechung des Achtstundentagesgesetzes, der bestehenden Sonntagsruhevorschriften und des Bäderarbeitergesetzes und erzwangen die neuerliche Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung, die es den Unternehmern verbietet, die Zahl ihrer Arbeiter unter dem Stand an einem bestimmten Stichtage des April 1919 zu vermindern. Sie nahmen in einem eingehenden Gutachten zu einem Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb Stellung, das die Bestrebungen, die Konkurrenzlämpfe der Unternehmer auf dem Rücken der Angestellten auszuüben, bloßlegte und bedeutenden Einfluß auf die parlamentarische Behandlung des Gesetzes nahm.

Besonderes Augenmerk wendeten die Kammern auch der Förderung des Arbeitsrechtes zu. So gibt die Wiener Kammer unter Mitwirkung erfahrener Sachleute eine Sammlung der österreichischen sozialpolitischen Gesetzgebung heraus, um die Uebersicht über dieselbe zu erleichtern. Sind doch die arbeitsrechtlichen Normen wie auch in der tschechoslowakischen Republik in einer Unzahl von Gesetzen und Verordnungen zerstreut, so daß es selbst dem Kundigen häufig schwer fällt, sich in ihnen zurecht zu finden und es in Oesterreich kaum einen gibt, der das Arbeitsrecht voll und ganz beherrscht. Die Wiener Kammer hat außerdem, um einem gerade heute angelegentlich der Vielgestaltigkeit der arbeitsrechtlichen Judikatur besonders fühlbaren Mangel abzuwehren, eine Sammlung der von den Gerichten und Einigungsämtern gefällten Entscheidungen und Schiedsprüche ins Leben gerufen. Schließlich haben die Kammern und vor allem wieder die Wiener Kammer durch eine bedeutende Zahl von Gutachten und erläuternden Auslegungen von Bestimmungen der sozialpolitischen Schutzgesetze der Arbeiterschaft wertvolle Argumente für die wirkungsvolle Vertretung ihrer Ansprüche vor Gericht geliefert und dadurch in zahlreichen und auch hart umstrittenen Fällen dem Arbeitnehmer günstige Auslegungen von Bestimmungen dieser Gesetze durch die Gerichte erreicht. Die Wiener Kammer hat sich endlich auch zum Ziele gesetzt, gestützt auf das Studium der ausländischen sozialpolitischen Gesetzgebung und deren Auswirkungen der Mittelpunkt aller Bestrebungen zu r

Fortbildung des Arbeitsrechtes zu werden. Die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterjugend, der Lehrlinge, vor allem durch die Kleingewerbetreibenden, an der die Gewerbebehörden bisher achtlos vorübergegangen waren, veranlaßte die Wiener Kammer zur Errichtung einer Lehrlingschule. In eingehender Weise mußten sich die Kammern notwendigerweise auch mit dem Problem der Arbeitslosigkeit befassen. Zur Unterstützung der Maßnahmen der Kammern gegen die Arbeitslosigkeit wird von einer besonderen statistischen Abteilung der Wiener Kammer auch eine Statistik der Arbeitslosen geführt. Die Hauptaufgabe dieser Abteilung ist jedoch eine periodische Lohnstatistik, die den Zweck hat, die Basis für eine geordnete Lohnpolitik zu gewinnen und die demagogisch ausgenützten Fabeln über die Riesenzahl der Arbeitslosen zu zerlegen. Um den gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft zu dienen, versuchte die Wiener Kammer durch die statistische Abteilung die Einführung regelmäßig periodischer Erhebungen über die Lage der einzelnen Industriezweige. Zu diesem Behufe wurden an die Betriebsräte sorgfältig zusammengestellte Fragebogen über die Beschäftigung der Betriebe, deren Versorgung mit Rohmaterialien und Rohle, deren maschinelle Ausstattung, die Arbeitszeit (Ueberstunden), Arbeitsbedingungen usw. versendet. Hierbei begegnete die Kammer jedoch dem heftigsten Widerstande der industriellen Unternehmer, die eine derartige Auskunfterteilung durch die Betriebsräte als eine Preisgebung des Geschäftsgeheimnisses auf das schärfste befürchteten. In zahlreichen Sitzungen der Ausschüsse, des Plenums und des Kammerlages, das ist der Tagung der Vorstände sämtlicher Kammern befaßten sich diese mit Problemen der sozialen Versicherungs-gesetzgebung. Bedeutenden Einfluß nahmen die Kammern auch durch ihre Vertreterschaft auf die Bahntarifpolitik des Staates. In zahlreichen anlässlich der Tarifserhöhungen erstatteten Gutachten wurden wertvolle und häufig genutzte Anregungen über eine Umgestaltung der Tarifgrundlagen gegeben und bedeutende Tarifermäßigungen für die Arbeiter und Angestellten erreicht, die die Bahn betreffen müssen, um zu ihren Arbeitsstätten zu gelangen.

Die im Vorausgehenden gegebene Uebersicht über die Tätigkeit der österreichischen Kammern für Arbeiter und Angestellte stellt nicht etwa eine sorgfältige Auswahl gerade der wichtigsten Fragen dar, mit denen die Kammern befaßt waren. Abgesehen davon, daß es hier angeht die Vielgestaltigkeit der Tätigkeit der Kammern nicht unternehmen werden soll, die größere oder kleinere Bedeutung der einen oder der anderen Sache zu behaupten, ist der Umfang dieser Tätigkeit ein so bedeutender, daß eine systematische Darstellung derselben ein ganzes Buch ausfüllen müßte. Im Rahmen eines Artikels ist es lediglich möglich, einzelne Blide in die verschiedenen Zweige des ausgebreiteten Wirkes der Kammern zu eröffnen. Wenn dies hingereicht hat, um beim Leser eine bestimmte Vorstellung von diesem Wirken und dessen Unentbehrlichkeit von deren Einfluß und Bedeutung zu erwecken, so ist auch der Zweck dieses Artikels erreicht. Der Streit über die Betätigungsmöglichkeiten von durch Gesetz vorgeschriebenen, durch die arbeitende Bevölkerung gewählten Interessentvertretungen ist heute dahin entschieden, das wohl niemand mehr leugnen kann, daß ein Wegfall der österreichischen Arbeiterkammern für das österreichische Proletariat einen empfindlichen Verlust bedeuten müßte. Die österreichischen Arbeiterkammern haben sich heute einen Rang gesichert, der es zuläßt, sie einem Lande, das im wesentlichen auf den gleichen Traditionen aufbaut, als Vorbild zu nennen.

Die proletarische Internationale in der Tschechoslowakei.

Vor den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft des Karlsbader Bezirkes sprach letzten Dienstag Abg. Genosse Cermak über den Nürnberg-Tag und seine Bedeutung für die internationale sozialistische Bewegung. Nachdem der Redner die Entwicklung und Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im Kriege und nach dem Kriege besprochen hatte, fuhr er fort:

Von 1920 an gab es in Deutschland drei proletarische Gruppen. Aus zweijährigen Erfahrungen und Leiden mußten die deutschen Arbeiter jene Erkenntnisse schöpfen, die durch sozialistische Aufklärungsarbeit, durch politische und theoretische Diskussion nicht vermittelt werden konnten. Es entwickelte sich bald die Einsicht, daß die Methoden des Bolschewismus besonders für Deutschland nicht anwendbar sind. Die Ernüchterung, die dem bolschewistischen Rauhe folgte, stärkte nicht die Unabhängigen, sondern die Mehrheitssozialisten, ein Teil der Arbeiter versank in Differenzialismus. In den Reihen der organisierten Arbeiter wurde es aber doch auch klar, daß nur durch die Methoden einer schwaibischen Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien nicht vorwärts zu kommen ist. — Gelehrt durch die Fehler von rechts und links hat der Einigungsgedanke überall Fuß gefaßt. Dazu kam der Druck der Friedensverträge. Nur durch das geeinte Wirken der Arbeiterklasse konnte neues Unglück für Deutschland verhindert werden. Die Regierung mußte unterstügt werden, die es sich zur Aufgabe machte, die Friedensverträge nach Möglichkeit zu erfüllen. Das Kabinett Wirth konnte nur leben mit Unterstützung der Unabhängigen. In den entscheidenden Fragen der äußeren und inneren Politik gingen seit Monaten beide sozialistischen Parteien gemeinsam vor, die politischen und ökonomischen Tatsachen förderten das Werk der Einigung und auf allen Tagungen kam

das Streben der Arbeiter nach Einigung

zum Ausdruck.

Daß die Einigung vollzogen wurde ohne Kommunisten, ist darauf zurückzuführen, daß die Kommunisten so viele Beweise dafür lieferten, daß sie unfähig sind, wirkliche Arbeiterpolitik zu treiben. Der Sturz der sächsischen Arbeiterregierung, die Stärkung der Reaktion bei den Wahlen in Thüringen, ihr Verhalten nach der Ermordung Rathenaus ließ auch den am weitesten links stehenden Arbeitern die Unmöglichkeit erkennen, mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen.

Ebenso wie die Einigung für die Sicherung des demokratischen Deutschlands von größter Bedeutung ist, wird sie ihre Wirkungen auf die Arbeitermassen nicht verfehlen. Auf dem Wege der Zusammenfassung der bestehenden drei Gruppen zu einer einheitlichen Bewegung ist das Werk von Nürnberg eine wichtige Etappe. Die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien hat unabhängig daran gearbeitet, alle sozialistischen Gruppen an einen Tisch zu bringen. Der erste Versuch, der im April in Berlin unternommen wurde, ist gescheitert. Es zeigte sich, daß Mehrheitssozialisten und Kommunisten nicht miteinander arbeiten können. Wir machen den Bolschewiki nicht zum Vorbild, daß sie gezwungen sind, Frieden mit dem Kapitalismus zu machen, mit kapitalistischen Methoden den Wiederaufbau Rußlands zu versuchen. Wir müssen sie nur fragen, ob dieser große Rückzug notwendig

war und feststellen, daß sich darin die historischen Irrtümer der Kommunisten ausdrücken. Entscheidend für uns ist, daß der russische Bolschewismus in derselben Zeit, in der er mit den Kapitalisten Frieden machte, die kommunistische Internationale dazu benützte, um die Arbeiterbewegung in allen Ländern zu spalten und nun auch die Gewerkschaften aktionsunfähig machen will. Daß die Kommunisten sich anschießen, das letzte, festeste Bollwerk der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, zu sprengen, das macht derzeit in allen Ländern eine Verständigung mit ihnen unmöglich.

Darum werden einen ähnlichen Weg wie in Deutschland in absehbarer Zeit die Sozialisten aller Länder gehen. In Amsterdam tagte kürzlich eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftsinternationale, der Zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft, die eine bedeutende Annäherung zwischen den Sozialisten in den Entente-Ländern und den Genossen in Deutschland brachte. Die Konferenz beschloß, die Lösung des schwierigsten Problems der Internationale eingehend zu prüfen. Ein Weltkongreß hat keinen Zweck, wenn die Sozialisten nicht in der entscheidenden Frage einig sind, in welcher Weise Deutschland seine Verpflichtungen den Siegern gegenüber erfüllen kann und soll. Eine Kommission, die sich mit dem Problem beschäftigt, wird der nächsten Konferenz hoffentlich schon die Grundlagen für die Einberufung eines Arbeiterweltkongresses unterbreiten können. Das wichtigste ist ja nicht die Einberufung eines solchen Kongresses, sondern das zu erwartende Ergebnis. Wir hoffen, daß die Arbeit gelingt und daß wir schon in einigen Monaten einen Arbeiterweltkongreß haben werden, auf dem die Sozialisten und vielleicht auch die Gewerkschaften aller Länder vereinigt sein werden und auf dem die von allen Arbeitern ersehnte Internationale des Proletariates geschaffen werden wird. Auf diesem Wege ist der Nürnberg-Tag ein bedeutendes Ereignis. Die Einigung in Deutschland hat auch die internationale Einigung gefördert.

Welche Wirkungen hat nun die Einigung auf die Verhältnisse in der Tschechoslowakischen Republik?

Meine Auffassung geht dahin, daß der Nürnberg-Tag auch hier zunächst gedanklich einen Fortschritt zur Internationale in der Republik bewirken wird. Wir haben hier ganz besonders komplizierte Verhältnisse und für uns liegen leider die Verhältnisse nicht so wie in Deutschland, bei uns sind ähnliche Bedingungen für die Einigung noch nicht vorhanden. Auch wir haben eine wirtschaftliche Reaktion, eine mächtig aufstrebende politische Reaktion, unsere Arbeiterklasse leidet unter schwerer Bedrängnis, wir befinden uns in der Abwehr und die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten schreien geradezu nach einer Annäherung der sozialistischen Parteien in diesem Lande. Aber in aller Nüchternheit wollen wir feststellen, daß wir hier in der Frage der Internationale dieselben Sorgen haben wie im alten Oesterreich. Wenn wir uns morgen in internationalem Maßstabe vereinigen würden, würden die Differenzen im eigenen Lande damit nicht beseitigt sein, sondern fortbestehen. Die Lösungen müssen aus der inneren Politik unseres Staates, aus der Umstellung der politischen Auffassung der sozialistischen Parteien, entstehen.

Die Arbeiterpresse Deutschlands

Von Felix Stössinger.

Es ist eine schmerzliche Tatsache, daß die Arbeiterklasse so recht erst in dem Augenblick zur vollen Erkenntnis von der Macht der Presse erwacht, in dem der wirtschaftliche Zusammenbruch die gesamte unabhängige Presse mit dem Tode bedroht. Gewiß haben die Arbeiterorganisationen stets die Bedeutung ihrer Zeitung gebührend zu würdigen gewußt und wo immer der revolutionäre Kampf einsetzte, begann er mit dem gedruckten Worte zu wirken. Aber erst der Krieg hat die Arbeiter gelehrt, die ungeheure Macht der Zeitung zu würdigen. Die Unterdrückung des Kampfes gegen den Krieg wäre ohne die Uegenmacht der Presse nicht möglich gewesen. Die Unterdrückung der Revolution, die Sabotage des Kampfes in sowielen Streiks durch die Hege der Presse offenbarte zugleich deren Macht. Auf diese Weise wurde der Arbeiterschaft ein lehrreicher, aber blutiger Anschauungsunterricht über die Bedeutung der Presse gegeben und wenn die Arbeiterschaft dann in zahlreichen Revolutionskämpfen, zum Teil ganz spontan, bürgerliche Pressebetriebe mit bewaffneter Macht besetzte, so kam hier zum Ausdruck, daß die Arbeiter die Gefahr richtig einzuschätzen begannen, die im Besitz einer gut organisierten und verbreiteten Presse liegt.

Freilich zeigte sich in diesen Kämpfen, daß die Unterdrückung des Gegners nicht genügt; daß ohne eigene und womöglich bessere Taten alle Wachstumsverdienste wertlos ist. Denn was hätte die Arbeiterschaft schon davon, wenn die Lügenpresse unterdrückt wäre, nicht aber gleichzeitig die Massen durch ausgezeichnete und überlegene wirkende sozialistische Zeitungen für die Revolution gewonnen werden würden. Diese Uebersetzung

hat in der Arbeiterschaft und bei zahlreichen Parteischreibern ein neues Interesse für die Probleme der sozialdemokratischen Presse wachgerufen, aus dem jetzt eine soziologische Untersuchung von Dr. Ludwig Kantorowicz „Die sozialdemokratische Presse Deutschlands“ hervorgegangen ist (Verlag J. C. W. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen).

Um es in der sozialistischen Presse besser zu machen, dazu gehört zunächst einmal Klarheit über die Struktur der gegenwärtigen sozialdemokratischen Presse. Von Marx liegen keine besonderen Aufzeichnungen über die proletarische Presse vor, da ja Marx den Ausschwing und die großen Kämpfe der Bewegung nicht erlebt hat. Aber wenn er in seinem Artikel in der Rheinischen Zeitung die Presse zu sich selbst nennt, „das sprechende Volk zu sich selbst“, dann hat er schon in diesen Worten einen Teil der Bedeutung der Arbeiterpresse ausgesprochen. Denn ihre Hauptaufgabe ist es die getrennt lebenden Glieder der Arbeiterschaft zu einem lebendigen und kampffähigen Organismus zu vereinigen. So wie der Kapitalismus durch seine Konzentration die Arbeiter materiell einigt, so gibt die gemeinsame Zeitung der Masse das Mittel sich auszudrücken, zu Worte zu kommen, sich an einer Stelle im gedruckten Worte zu begegnen. Die Arbeiterpresse, wie sie es heute ist, stellt also dreierlei vor: ein Agitations- und Kampfmittel, eine Kontrollinstanz gegenüber den Parteinstanzen und das Bindeglied zwischen den Parteigenossen.

So klassifiziert, ist die Arbeiterpresse allerdings nur ein Parteinstrument, während ihre Aufgaben erst dann erfüllt würden, wenn ihre Stimme weit über die Grenzen ihrer Anhängerschaft hinausschallt, wenn sie aufhört reines Parteiblatt zu sein, wenn sie zur großen Zeitung wird, die eine große Zahl Menschen von verschie-

densten Interessen dauernd in Bann hält. Dieses Ziel hat die reichsdeutsche Parteipresse noch nicht erreicht, sie steht weit hinter manchen Leistungen auswärtiger Genossen zurück. Kein Blatt von der Frische und Mannigfaltigkeit der Wiener Arbeiterzeitung, kein Blatt, so großstädtisch wie unser dänisches oder englisches Arbeiterblatt, ist bisher in Deutschland entstanden. Der Gründe dafür gibt es gewiß viele. Aber der wichtigste ist doch der, daß die Parteipresse sich als Parteiinstrument als Volksfrage betrachtet.

Wie sehr das noch der Fall ist, beweisen die schrecklichen statistischen Zusammenstellungen über die Arbeiterpresse, die Genosse Kantorowicz in seiner Abhandlung von den verschiedensten Seiten aus behandelt. Aus ihnen geht zweierlei mit größter Deutlichkeit hervor. Die Arbeiterpresse Deutschlands reicht über ihre Parteimitgliedschaft nicht hinaus; die sozialistische Wähler-schaft ist aber nur zum Teil zugleich sozialistische Leserschaft!

Die Sozialdemokratie verfügt über einen unverhältnismäßig kleinen Anteil an den deutschen Zeitungen. 1906 betrug der Anteil sozialdemokratischer Zeitungen am gesamten deutschen Zeitungsweesen nur 1.55 Prozent. Im Jahre 1914 sind von den deutschen Zeitungen bereits 2.22 Prozent sozialistisch und nach der großen Umwälzung im Jahre 1920 sind es 5.43 Prozent der deutschen Zeitungen. Ist das nicht bescheiden wenig! Gewiß von 1914 bis 1920 hat sich die Zahl der sozialistischen Zeitungen um mehr als 120 Prozent vermehrt. Aber da diese Vermehrung eine Folge der Verteilung der alten Einheitspartei war und dabei auch die unnormale Zuwendung russischer Staatsgelder eine Rolle spielte, können wir uns dieses Erfolges nicht ohne weiteres freuen. Dazu kommt, daß mit der Vermehrung der Zeitungen die Vermehrung der Leser nicht Schritt gehalten hat. Schon seit zwei Jahren haben zum Beispiel die Berliner Arbeiter-

blätter Vorwärts, Freiheit und Rote Fahne keine so hohe Auflage zusammen wie vor dem Krieg der Vorwärts allein. Und jetzt, wo ja alle Zeitungen infolge der ungeheuerlichen Erhöhungen einen großen Teil ihrer wirtschaftlich zermalnten Leser verlieren, ist an ein Erreichen der alten Auflage gar nicht mehr zu denken.

Im übrigen verteilen sich die Leser der deutschen Arbeiterblätter im Verhältnis zur Verbreitung der deutschen Industrie. Das beweist aufs neue, daß die Sozialdemokratie die Partei des Industrie-Proletariats ist, also noch nicht ihrem Ziele gemäß die Partei des ganzen arbeitenden Volkes. Während 1890 erst auf mehr als eine Million Einwohner ein Arbeiterblatt entfiel, 1914 auf mehr als eine halbe Million Einwohner, kommt 1920 schon auf etwas mehr als eine viertel Million Einwohner eine sozialistische Zeitung. Diese Zahl ist natürlich noch immer sehr hoch, da man im Durchschnitt auf je eine bürgerliche Zeitung nicht eine viertel Million Leser rechnet, sondern nur etwa 15.000. Am besten liegen die Verhältnisse in dem industriereichen Thüringen und Sachsen. In Sachsen kommt auf eine kleinere Anzahl von Lesern ein einziges Blatt als sonst in ganz Deutschland.

Wie verhalten sich nun, und das ist eine sehr wichtige Frage, die Abonnenten und Wähler der Arbeiterblätter zu einander. Da zeigt nun die Statistik für 1912, daß rund 35 Prozent aller Wähler sozialistisch gestimmt haben. Aber von diesen Wählern waren nur etwas über 34 Prozent, also etwa ein Drittel zugleich sozialistische Zeitungsleser. In einer Beziehung ist diese Statistik erfreulich. Es zeigt sich, daß die Leser der kapitalistischen Zeitungen und sogenannter Volksblätter sich nicht ganz durch ihre Lektüre beeinflussen lassen, sondern trotz aller Hege, der sie als Leser täglich ausgefüttert waren, der Roten Fahne treu blieben. Das ist allerdings der einzige Trost. Denn daß zwei Drittel unserer deutschen Wähler

Kritische Lage im Nahen Osten.

London, 28. September. Die Abendpresse weist auf den großen Ernst der Lage im Nahen Osten hin und erklärt, der Friede hänge an einem Faden.

Heute um 11 Uhr vormittags und um 4 Uhr nachmittags wurden Sitzungen des britischen Kabinetts abgehalten, in denen die Lage im Nahen Osten erörtert wurde. Vor der ersten Kabinettsitzung, die zwei Stunden dauerte, empfing Lloyd George den britischen Botschafter in Berlin Lord D'Abernon. An der Nachmittags-Sitzung nahmen auch wieder teil: Lord Beatty, Lord Cavan und Sir Hugh Trenchard als Berater für militärische, Flotten- und Luftschiffahrtssachen.

Ämliche Kreise halten die Lage für ernst. Verschiedene Divisionen türkischer Truppen sollen 60 Meilen von Konstantinopel in der Gegend von Ismid sich konzentrieren. Man glaubt, daß sie die neutrale Zone überschritten haben.

Die Blätter erklären, daß, falls die Meldung wahr sei, die Alliierten in Konstantinopel gefährdet wären. „Pall Mall and Globe“ zufolge werden im Falle einer solchen Gefahr die alliierten Truppen Konstantinopel räumen und auf Gallipoli gehen. „Evening News“ zufolge besaß sich das britische Kabinett heute vormittags unter anderem mit der gemeldeten Zusammenziehung der türkischen Truppen in der Nähe von Ismid. Die letzten Berichte über das türkische Vorrücken in der Nähe

der Meerengen hätten es für das Kabinett notwendig gemacht, die Möglichkeit zu erwägen, daß die türkischen Nationalisten ihre vorrückende Kavallerie als „Schirm“ benützen, hinter dem sich Infanterie und Artillerie für einen Angriff auf britische Streitkräfte bei Tschanal zusammenziehen. Der britische Befehlshaber General Harvington erwähnte diese Gefahr in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ und erklärte, er sei entschlossen, keine Antriebsaktion zu unternehmen, bis es über alle Zweifel klar sei, daß diese türkischen Truppen tatsächlich nur als Schirm benützt werden, hinter dem Geschütze nach vorne gebracht werden, um die englischen Stellungen bei Tschanal anzugreifen und die Sicherheit der englischen Schiffe zu gefährden, welche die Dardanellen passieren. „Evening News“ zufolge haben die Engländer in Tschanal eine große Flugzeugflotte, die in der Lage sein wird, bald zu entdecken, was tatsächlich hinter den türkischen Linien vorgeht. Britische Geschütze aus Malta sind jetzt auf der Halbinsel Gallipoli aufgestellt. Den letzten Schätzungen zufolge betragen die Streitkräfte Mustafa Kemal 60-100.000 Bajonette. Mustafa Kemal hat seine Truppen in sieben Armeekorps eingeteilt und verfügt, wie man glaubt, über 60 Flugzeuge.

Der überwundene russische Kommunismus.

Was Krassin erzählt. — Die „Umstellung“ auf den Kapitalismus ist fertig.

Berlin, 28. September. Die von Parvus herausgegebene Zeitschrift „Der Wideraufbau“ veröffentlicht einen Aufsatz über die neue ökonomische Politik der Sowjetregierung, welcher von Krassin, dem russischen Volkskommissar für den Außenhandel verfaßt ist. Von dem augenblicklichen Stande der russischen Wirtschaftsordnung sagt Krassin, daß nach der Nationalisierung und teilweisen Aufhebung des Großgrundbesitzes der Prozeß der freien Wirtschaft durchgeführt sei. Für den kleinen Gewerbebestand, wie auch für den Binnenhandel sei die freie Wirtschaftsform gewählt worden. Diese neue Wirtschaftsform, die die überwundene kommunistische absetzt, kennzeichnet sich somit als Staatskapitalismus. Jetzt seien die Rechtsgrundlagen sowohl für den privaten Besitz von Produktionsmitteln und der Produktion selbst, als auch für die Regelung der Verteilung des Grundes und Bodens und zum Teil für die Wiederherstellung der Eigentumsrechte auf Stadt und Landbestimmungen gegeben. Auf den Verwaltungsbereichen waren angeblich Umstellungen vom kommunisti-

sehen zum neuen Wirtschaftssystem notwendig. Das Staatsmonopol auf dem Gebiete des Außenhandels sei keine kommunistische Maßregel, sondern solle nur dazu dienen, den in Europa und Amerika unerfülllichen Schund von Rußland fernzubalten. Auch das Außenhandelsmonopol werde in etwa fünf Jahren verschwunden sein. Von der Produktionspolitik sagt Krassin, daß man vor zwei Jahren darüber in Rußland noch nicht reden durfte. Heute sei dieses allgemeine Prinzip überall durchgesetzt und dem fremden Kapital die Möglichkeit gegeben, sich an der russischen Produktion und an deren Aufbau zu beteiligen.

Der Berliner „Vorwärts“ bemerkt dazu, daß Krassin nach diesen Erklärungen eines seiner maßgebenden Männer angehört habe, kommunistisch zu sein. Für die kommunistischen Parteien Europas seien diese Erklärungen ein wahrer Dolchstoß in den Rücken. Die russische Regierung habe für den Kommunismus im eigenen Lande keine Verwendung mehr, sie betrachte ihn nur noch als Exportartikel.

deren Namen und das alte System. Wir können gelegentlich zusammenarbeiten, die Gewerkschaften haben wiederholt schon einheitliche Aktionen durchgeführt, aber wir dürfen uns nicht täuschen über das, was möglich ist. Für uns wird die Internationale und die Wirkung des Nürnberger Parteitagcs erst sichtbar werden vielleicht nach den nächsten Wahlen, die ein Bild über die wirklichen Machtverhältnisse in diesem Staate und in der Arbeiterbewegung zeigen werden. Die tschechischen Sozialdemokraten können nach den nächsten Wahlen möglicherweise leichter zur Überzeugung kommen, daß die tschechoslowakische Republik sehr gut dabeihin kann, auch ohne daß die tschechischen Genossen in der Regierungsmehrheit sind. Vielleicht werden wir uns international, im europäischen Maßstabe, schneller finden, als zu Hause. Die Internationale

in der tschechoslowakischen Republik muß auf dem Boden der innerpolitischen Entwicklung durch das Abwischen des Gedankens der internationalen Koalitionen reifen. Wir wissen, auch in diesem Staate muß das Proletariat zur internationalen Aktion kommen; wann es dazu kommt, hängt nicht von uns ab. Aber wir dürfen uns an dem Gedanken der Internationale in keiner Stunde verflüchtigen. Wir lehnen jedes Zusammenwirken mit den bürgerlichen Parteien ab, weil wir in diesem Staate unseren Schluß reinhalten wollen für den internationalen Zusammenbruch. Wir sind jeden Tag dazu bereit, die internationale Einigung zu vollziehen. Wir haben nichts aus dem Wege zu räumen, unsere Brüder im tschechischen Lager müssen soweit kommen, daß sie diesen Vereinigungsprozeß vollziehen können.

ler nichts von ihrer Parteipresse wissen wollten, soll uns sehr zu denken geben. Und 1920 war es nicht besser. Daher zieht Kantorowicz aus der Statistik mit Recht die Folgerung, daß die Zahl der Wähler schneller steigt als die Zahl der Zeitungen resp. der Zeitungsleser.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ursache für dieses Mißverhältnis im Charakter der Arbeiterblätter gesucht werden muß. Gerade weil die Arbeiterblätter ein so unverhältnismäßig großes Arbeitsgebiet haben, sind sie nicht in der Lage den lokalen Wünschen und Bedürfnissen aller ihrer Leser und derjenigen, die es sein sollten, Rechnung zu tragen. Besonders in den kleineren Städten kommen die Leser eines Blattes mit keiner Zeitung aus, die ihnen nicht alles wichtige über die lokalen Ereignisse, sei es kleine Streits, Fragen der Lebensmittelverteilung, Ereignisse auf der Straße und in der Bevölkerung berichtet. Der Versuch mit sogenannten Kopfblättern helfend einzugreifen ist nur unvollständig durchführbar.

Erst ist aber die Frage, warum Arbeiterblätter auch in ihrem eigenen Verbreitungsbezirk nicht über ihre Parteimitgliedschaft hinauswirken. Das kommt daher, daß die Partei ihre wissenschaftliche Einstellung viel zu gründlich auf den Leser, auf das ganze Blatt zu übertragen versucht. Die Dozentennatur des Deutschen hat schon manchen verhindert, ein guter Journalist zu sein. Die Besorgnis, sogenannten Masseninstinkten Konzessionen zu machen, die Mangelhaftigkeit in der Weltberichterstattung, die Beschränkungen materieller Natur, die Schwierigkeiten eines guten, zuverlässigen Nachwuchses, spielen da eine große Rolle. Gerade dieser Punkt war in Deutschland sehr wichtig, da sich ja alle Intellektuellen von der Arbeiterbewegung zurückzögen. Allerdings, da ja nur das Suchen der eigenen Schuld fruchtbar ist, muß man auch feststellen, daß infolge dieser hauptsächlich politischen Einstellung der Arbeiterblätter die Pflege des Intellektuellen zurückgeblieben ist und dadurch wieder viele intellektuelle

Kreise nicht angereizt wurden, sich aus kulturellen Gründen der Bewegung anzuschließen. Alles dies kann man in der streng wissenschaftlichen Darstellung von Kantorowicz, Seite für Seite bestätigt finden. Der sozialdemokratische Redakteur ist nicht in erster Linie Journalist sondern politischer Führer. Nach Rücksichten der Parteipolitik, der Agitation, der Organisation wird die Auswahl der Redaktoren getroffen, nicht aber in erster Linie nach der Fähigkeit des Kandidaten als Journalist. In ihrer Mehrheit kommen die deutschen Parteiredaktoren aus der Lohnarbeiterschaft, die ihrer ganzen soziologischen Struktur nach, nicht der Boden eines redaktionellen Talentwachstums ist. Von 21 sozialdemokratischen Redakteuren kamen 193 aus der Lohnarbeiterschaft, 20 aus der Kleinbourgeoisie, und 28 aus der Bourgeoisie. Von diesen Redakteuren ist wieder ein großer Teil so stark in der politischen Arbeit eingespannt, daß die Zeitungsbearbeitung darunter leidet. Von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten waren 14 Prozent Redaktoren, während bei den bürgerlichen nur 2 Prozent Redaktoren waren. Auch dadurch kommt zum Ausdruck, wie sehr Partei und Zeitung, Parteipolitiker und Redakteur, teils zum Nutzen, teils zum Schaden der Arbeiterpresse, miteinander identisch sind.

Es war vielleicht auch für unsere Leser einmal ganz interessant in die Struktur der Arbeiterpresse hineinzublicken. Wie man sieht, haben wir keinen Grund unsere Verhältnisse zu beschönigen und aus unseren Mängeln ein Hehl zu machen. Die Arbeiterbewegung befindet sich trotz aller Rückschläge im Aufstieg. Auf diesem Wege kann ihr nichts mehr helfen als der Wille zur Klarheit, das Aussprechen dessen, was ist. Auf diesem Wege wollen wir siegen, auf diesem Wege hoffen wir unsere Presse immer besser zu machen; damit das Wort wahr werde, daß die Verschlingung des Sozialismus in der Größe seines Anturwillens liegt.

der Parteiangestellten mit der von Angestellten eines kapitalistischen Privatbetriebes.

Das ist nicht etwa eine Klage der von den Kommunisten seit Jahr und Tag geschmähten sozialdemokratischen „Parteibonzen“ — ein Wort echt kommunistischer Prägung — nein, die Klage erhebt niemand anderer als — Herr Karl Kreibitz, der im Reichsberger „Vorwärts“ die Ausschließung der Opposition in der kommunistischen Parteiregative verteidigt und hierbei in so bewegter Weise über die Angriffe dieser Opposition auf die kommunistischen Führer jammert. Die von Kreibitz und Konforten in der Arbeiterkammer betriebene gewissenlose Demagogie rächt sich also jetzt an den Demagogen selbst. Das ist bitter. Aber man wird nicht behaupten können, daß es nicht wohlverdient ist.

Der slowakische Vormarsch. In einem authentischen Bericht, den das „Pravo Lidu“ über einen von der Hlinkapartei in Bistiza veranstalteten „Tag der Volkspartei“ bringt, werden die Reden jener, welche die Abgeordneten Juriga und Tomanel sowie der Senator Duranek gegen die Republik, gegen den Präsidenten Masaryk, gegen die Sozialdemokraten und speziell gegen die Minister Terer, Markovic und Trobar geführt haben. Juriga soll zuletzt die Aufforderung an die Slowaken gerichtet haben, den bewaffneten Kampf für die slowakische Autonomie aufzunehmen, worauf die Massen Hände und Füße erhoben. Dazu schreibt nun das „Pravo Lidu“: „Wenn nicht gegen die verbrecherische Propaganda der Hlinkaleute eingeschritten wird, wenn sich nicht in der Slowakei alle fortschrittlichen Menschen zur Abwehr der Republik zusammenfinden und wenn nicht die umstürzlerische Tätigkeit Jurigas unmöglich gemacht wird, dann wird es in der Slowakei zur Erhebung und zu großem Blutvergießen kommen. Wir warnen und rufen: Widmet den slowakischen Verhältnissen die größte Aufmerksamkeit! Schützt ein, bevor es zu spät wird!“ — Ist es noch wirklich nicht zu spät? Im übrigen: hält „Pravo Lidu“ die „Einschränkung“ wirklich für ein geeignetes Mittel, um die Probleme im Staate zu lösen?

Die Merikalen — gegen Stramel. Politisches Zerkierertum ist keineswegs ein Ausdruck mangelfähigen politischen Denkens, sondern die Folge von Ueberpolitik, d. h. es bedeutet einen ebenso ungesundem Zustand wie die Ueberkultur eines Volkes, welche die falsch verstandenen, nur äußerlichen Momente der Kultur in sich aufnimmt und derart freiert, daß die Zeit daran zugrunde geht. Von dieser Krankheit der Ueberpolitik sind die Tschechen seit dem Augenblick erkrankt worden, da ihnen zum Teil auch ihre Politik ihren Staat geschenkt hat. Und dieses Uebel steigert sich seitdem von Tag zu Tag. Jede der Parteien verfährt zumindest über drei Flügel. Nur die tschechischen Merikalen schienen bisher von diesem Dualismus oder Trialismus verschont zu sein. (Die slowakische Gruppe ist national als gesondert zu betrachten.) Man munkelt zwar auch dort von Meinungsverschiedenheiten. Aber der Jesuitismus des Schlangens aller Schlangen in Christo, des Vaters Stramel, arbeitete so gut, daß der Außenwelt gegenüber alles in undurchdringlichem, rein-kerikalem Dunkel gehüllt blieb. Aber des Christengottes Wege sind unerforschlich, und so schied er auch, wie er es ja als Klaffgott nun schon einmal gewohnt ist, auch hier zwischen den Schafen und den Böden. Die Schafe, das sind die, welche dem Vater Stramel folgen. Die Böden aber gruppieren sich um die Redaktion des „Cech“. Sie sind die Radikalen, die es zum Teil mit den slowakischen Volksparteilern halten und ihre Hörner an der Tätigkeit — o welches Sakrifleg! — des Monignore Stramel und des parlamentarischen Klubs der tschechischen Merikalen wehen. Wohl hat, wie gesagt, Stramel die Klugheit bisher gebraucht, sich blind und taub zu stellen. Als ihm aber schließlich vorgeworfen wurde, er habe seine Zustimmung dazu erteilt, daß katholische Kirchen von den tschechoslowakisch-Orthodoxen mißbraucht werden dürften, da rief dem bisher stillen Stramel die Geduld und der heilige Jörn des Eisenerers überkam ihn — im gestrigen „Pravdy Rezerit“. Es heißt dort: „Es ist eine bedeutende Tatsache, daß die sogenannte unabhängige Presse sich mit derartigen Brunneneröffnungen systematisch abgibt... Das ist eine Strauchdieberei, die an den Branger gesteuert zu werden verdient. Unsere Abgeordneten können doch keine Wunder machen, wenn ihrer nur einmündig in den Parlamenten sind, und wenn die slowakische Volkspartei, anstatt sich mit ihnen zu verbinden, sich den oppositionellen Kommunisten, Ungarn und Deutschen anschließt.“ Also jetzt wissen wir, wann dem Christentum Wunder zu machen möglich ist. Wenn es in der Majorität ist. Und daß es dazu nicht komme, dafür sollen wir mit allen Kräften sorgen, um uns vor diesen schauerhaften kerikalen Wundern zu behüten.

Nach Dr. Aramat — Dr. Lutavsky. Die Nationaldemokraten sind fleißig auf Reisen. Denn sie fürchten offenbar, ganz aus dem Gedächtnisse des tschechischen Volkes zu verschwinden. Aber die Mittel, welche sie zu diesem Zwecke aufbringen, sind nichts anderes als die Reden einer allgewordenen Generation: Man lobt sich selbst und schimpft auf die Deutschen. Mars anders sagte auch der Abgeordnete Lutavsky, als er im Pilsner Bezirke in diesen Tagen sprach. Aber ein neuer Ton macht sich doch in den Reden dieser Herren geltend. Es klingt wie ein Angreifen vor einer Bistiza, die, in Wirklichkeit ungeliebt, das vollständige Ende des tschechischen Nationaldemokratentums bedeuten könnte. Es ist die Zerschlagung einer deutsch-tschechischen

Inland.

Schutz den „Parteibonzen“!

Wir lesen in einem Artikel folgende Klage:

„Die Korruption, das Vertrauen zu jenen Führern durch unsere Agitation zu zerstören und die gelegentlichen Uebertreibungen, die dabei nicht zu verhindern waren — das man hat mehr auf die Führer persönlich geschimpft als über die prinzipiellen und taktischen Differenzen gesprochen wurde — haben auch das übrige dazu beigetragen, daß viele Arbeiter heute überhaupt keine Führung und jeden Führer mit Mißtrauen ansehen und glauben, die Entwicklung zum Verräter und Schuft beginne schon dort, wo der Mann in Partei oder Gewerkschaft angestellt wird. Ist er gar in der Parteizentrale oder Abgeordneter, dann ist er in den Augen mancher solcher „Radikalen“ schon an und für sich ein Lump, solange er nicht einen augenblicklichen Gegenbeweis erbringt. Die Führer der Opposition, obwohl fast durchwegs selbst Angestellte in der Arbeiterbewegung und „Führer“, haben diese „Antibonzenstimmung“ in der demagogischen Weise ausgelebt und ihre Förderung als Sport betrieben. Diese Demagogie verdichtet sich in Anträge über die Verählung der Parteiangestellten, über die von den „Oppositionellen“ mehr gesprochen wurde, als über die Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Einheitsfront und Arbeiterregierung, ferner über die Zusammenziehung des Parteivorstandes, der aus „Arbeitern aus den Betrieben“ bestehen soll, unter Ausschaltung der Parteiangestellten. Der demagogische Schwund dieser Anträge, dem immer noch so viele gute Genossen anhingen, muß notwendig auch einmal an dieser Stelle beleuchtet werden; er beruht auf der völligen Verleumdung des Lebens einer tagelöhnerigen Parteiführung und der Verworfung der Aufgaben und der Rolle leitender

Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, für den Preisabbau.

Heute Massenkundgebung in Auffsig.

Auffsig, 28. September (Eigenbericht). Die wir bereits mitteilten, findet Freitag in Auffsig eine Massenkundgebung unserer Partei und der Gewerkschaften gegen die Wirtschaftsnote statt. Eine Vertrauensmännerversammlung beschloß die Einsetzung einer Preisprüfungskommission bei der politischen Bezirksverwaltung zu verlangen, zu der auch die Gewerkschaften ihre Mitglieder zu delegieren hätten. Die Straßensituationen für Freitag bereits getroffen waren, konnte selbstverständlich von einer Verschiebung keine Rede sein. Die Kommunisten wandten sich darauf neuerdings an unsere Partei mit dem Ansuchen, ihnen Freitag einen Redner zu gewähren, worauf sie an der Kundgebung teilnehmen würden. Die Vertrauensmännerversammlung beschloß einstimmig, die Abfertigung eines Schreibens an die kommunistische Partei, in welchem unter Hinweis auf das Verhalten der kommunistischen Presse anfänglich der gemeinsamen Arbeiterbewegung darstellt, die Durchführung einer gemeinsamen Kundgebung mit den Kommunisten abgelehnt wird. Die Kommunisten verteilten Donnerstag in der Stadt Auffsig einen Flugzettel, in welchem sie die sozialdemokratische Arbeiterpartei auffordern, an ihrer Kundgebung am Sonntag teilzunehmen. Sie werden mit ihrem Liebeswerben sehr wenig Glück haben.

Ein Erfolg unserer Genossen in der Bezirksverwaltungs-Kommission Auffsig.

Aus Auffsig wird uns gemeldet: Unsere Genossen hatten schon vor längerer Zeit in der Bezirksverwaltungs-Kommission des Bezirkes Auffsig den Antrag eingebracht, der Bezirk möge ein Darlehen von fünf Millionen Kronen zur Durchführung von Wohnungsbauten aufnehmen.

Ausland.

In Sowjet-Georgien.

Reisende aus Batum berichten, daß in Kaschken (Südgeorgien), in Kartalinien (Kreis Gori) und Mingrelien (West-Georgien) erüste gegenbolschewistische Erhebungen stattgefunden. Die Sowjetregierung Georgiens hat nach allen diesen Gegenden Strafexpeditionen geschickt und ebenso nach Gurien, wo ausländische Abteilungen periodische Ueberfälle auf Sowjet-Bezirke unternahmen. Die georgischen Kommunisten beschuldigen die seit zwei Jahren in Gefängnissen gehaltenen politischen Gefangenen, die Führer der georgischen Sozialdemokratie, daß sie die gegenbolschewistischen Erhebungen des georgischen Volkes leiten. Aus diesem Grunde sind zehn der angesehensten Menschen, darunter der Vorsitzende der georgischen Konstituante, Lomatsidse, der frühere Kriegsminister Lord-Sipanidse und die Mitglieder der Konstituante Ramischwili und Tegebwadse sowie Tschibladse aus dem Reich-Schloß, wo sie bis jetzt mit anderen politischen Gefangenen in gemeinsamen Räumen festgesetzt waren, in die Einzelzellen des Gefängnisses der transkaukasischen „Tschela“ überführt worden. Ihre Genossen sind darauf in den Hungerstreik getreten und verlangen die sofortige Zurückführung der genannten Personen in die gemeinsamen Räume des Reich-Schlosses.

Das Ende der 10x Häberlin.

Nach einem gewaltigen und erbitterten Abstimmungskampf ist, wie wir schon kurz meldeben, die 10x Häberlin gefallen, welche unter dem Titel „Aufwiegelung“, „Hochverrat“ und dergleichen den Streik und andere Mittel des proletarischen Abwehrkampfes als zuchthauswürdige Verbrechen qualifizieren wollte. Das Unerwartete ist zur realen Tatsache geworden. Mit einem Mehr von über 70.000 Stimmen hat das Schweizer Volk in einer Volksabstimmung das Häberlinische Nachwort in den Ortus geworfen. Das Unternehmern und seine politische Vertretung vermeinten einen leichten Sieg über die klaffenbewußte Arbeiterschaft zu erringen und sind dabei kläglich zu Fall gekommen. Ihr ganzes Ansehen, alle ihre Machtmittel wurden zugunsten des Gesetzes eingesetzt und doch sind sie unterlegen. Schmähtlicher ist wohl noch nie eine politische Großaktion gescheitert, als der Versuch, mit Hilfe von Zuchtparagrafen die Arbeiterbewegung zu knebeln. Das Proletariat hat auch schon Niederlagen erlitten. Aber davor armselig stand es noch nie da, wie die Großbourgeoisie am Tage nach dem Volksentscheid.

Häberlins Nachwort hatte einen Vorläufer in der Bundesverordnung vom November 1918. Inhaltlich stimmen beide überein. Der Geist der Reaktion atmet aus ihnen. Die reaktionäre Welle, die über Europa und die Welt gekommen ist, reißt im Bürgertum den Entschluß, die Ideen der Bundesratsverordnung in die ordentliche Ge-

Die ungeschlechtlich bestehende bürgerliche Mehrheit der Kommission lehnte damals diesen Antrag ab. Unsere Genossen stellten in der letzten Sitzung neuerdings diesen Antrag, worauf er angenommen wurde. Es ist damit der Tätigkeit unserer Genossen gelungen, die Bezirksverwaltungs-Kommission zu einer Aktion gegen die Arbeitslosigkeit zu veranlassen. Es wird weiter Sache der Arbeiterschaft sein, das ausführende Organ der Kommission nun auch dazu zu veranlassen, daß der Kredit aufgenommen und die Arbeiten durchgeführt werden.

Preisabbaukonferenz in Falkenau.

Am 21. September fand für den Bezirk Falkenau eine zweite Konferenz statt, die sich mit dem Preisabbau beschäftigte, aber gleichfalls ein mageres Ergebnis lieferte. Namens der Fleischnhauer erklärte einer ihrer Vertreter, daß der Preis des Rindfleischs von nun ab 16 Kronen für erste Qualität und 12 Kronen für zweite Qualität per Kilogramm beträgt, was eine Herabsetzung der Preise von zwei Kronen seit der letzten Beratung ausmacht. Hoffentlich wird aber nicht Fleisch zweiter Qualität für solches erster Qualität verkauft werden. Die übrigen Fleischsorten sind noch immer furchtbar teuer. Kalbsfleisch kostet 20 Kronen, Schweinefleisch 22 bis 26 Kronen, Schafschmalz 28 Kronen. Der Brotpreis stellt sich für Weißbrot auf 4 Kronen, für Schwarzbrot auf 3 Kronen per 1400 Gramm. Semmeln im Gewichte von 48 Gramm kosten 30 Heller. Im Konsumverein ist der Brotpreis viel billiger, Brot kostet dort 3.80 K und 2.80 K, Semmeln 25 h. Die Gastwirte haben den Preis des Bieres um 20 h noch immer nicht erniedrigt. Die Schuhmacher erklärten, daß die Preise der Fertigarware um 30 Prozent herabgesetzt wurden. Für Milch wurde ein Richtpreis von 2.50 K festgesetzt. So wurde zwar einiges erreicht, aber insbesondere beim Fleisch nicht der notwendige Preisabbau durchgeführt. Bezeichnend für den Geist der Besitzenden ist der Ausspruch eines Gastwirtes, der in der ersten Konferenz erklärte, daß es das Beste wäre, wenn man die Konsumvereine gesetzlich verbieten würde. Das glauben wir, daß dies der Wunsch der Besitzenden ist. Sie könnten dann den Konsumenten die Preise einfach diktiert!

schgebung des Bundes einzureihen. Nur kleine bürgerliche Gruppen setzten sich außer der Arbeiterschaft zur Wehre. Nach einem leidenschaftlichen, oft bis zur Siedehitze gesteigerten Kampfe nahm die Bundesversammlung mit großem Mehr die 10x Häberlin an. Im Namen der Demokratie und des bürgerlich-kapitalistischen Vaterlandes wurde im Parlament das Zuchthausgesetz gegen die Arbeiterschaft gemacht. Da entbrannte der Unwille des Volkes. Durch Massenunterschriften setzte es durch, daß das Zuchthausgesetz dem Volksentscheid unterworfen werde und bei diesem unterlag es mit 372.580 gegen 299.556 Stimmen. Damit sind die Großbourgeoisie, das Großbäuerntum und ihre Handlanger in den Behörden geschlagen. Von nicht geringer Bedeutung ist die Tatsache, daß ein großer Teil der Bauern gegen das Gesetz stimmten. Die Wirkungen der landwirtschaftlichen Krise sind da in der Erscheinung getreten. In einheitlicher Front haben sich die Massen dem reaktionären Bloß gegenübergestellt und glänzend gesiegt. Die Kapitalisten aller Farben schäumen Wut und Liebäugeln mit einem schweizer Faschismus. Aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Herrschertage der Bourgeoisie in der Schweiz gezählt sind.

Telegramme.

Militärherrschaft in Irland.

London, 28. September. (M.) Die provisorische Regierung des irischen Freistaates gab den Militärbehörden die Vollmacht, Militärgerichte oder Ausschüsse einzuführen, welche mit einer weitgehenden Machtwortkommenheit zur Bestrafung von Gefühlsverrückten ausgestattet wären. Diese Maßnahme wird als sehr wichtig für die Wiederherstellung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit angesehen. Das Parlament des irischen Freistaates genehmigte gestern diesen Antrag im Prinzip mit 18 gegen 18 Stimmen.

Abemals Antwort entgegenkommend.

London, 28. September. (Reuter.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Mustapha Abemal Pasha erklärte in seiner Antwort auf die Note des Generals Harrington bezüglich Tschanaks, er anerkenne keine neutralen Zonen. Weiters beklagt er sich über die Zerstörung von Gebäuden und Straßen durch die britischen Truppen und gab schließlich den Willen kund, jeden Zwischenfall zu vermeiden. Harrington (franz.) Abemal seinen Dank für diese Versicherung aus und erklärte, daß die Zerstörungen vom militärischen Standpunkte aus notwendig waren. Er hob hervor, daß er gegen die Türken keine Feindschaft hege, und schloß mit der Erklärung, er sei bereit, mit Abemal Pasha zusammenzutreffen, überlasse ihm auch die Wahl des Zeitpunktes und des Ortes des Zusammenkommens.

Tages-Neuigkeiten.

Der Mönch d'Annunzio. Der heutige Tag ist um das kleine Sensationchen reicher, daß Gabriele d'Annunzio, der „Göttliche“, der den Sinnenguß anbetende Lyriker und Erzähler, der magische Diktator Fiumes, in ein Franziskaner-Kloster eingetreten ist. Fernirisch, wie nur eine alte Beschwoerung sein kann, die in ihren jungen Tagen dem horizontalen Gewerbe oblag, soll er vor dem Prior seine Sünden und Irrungen gebichtet und um Gewährung eines Asyls für seine friedenssehende Seele gebeten haben. Es ward ihm zuteil, und fortan werden die schwarzen Herren mit dem Befehren kreiben gehen, wie sie den eifrigsten harten Sünder Hermann Bahr für sich werben lassen, wie Friedrich Schlegel, der Verfasser des unfeuchtesten deutschen Romans „Lucinde“ vor einem Jahrhundert ihr genialster Journalist war, wie Zacharias Werner, auch ein Gottloser, in seiner Sünden Maienblüte, die Wiener der Dreißigerjahre durch seine Buhpredigten in Reue und Fernirischung riß. Die Reize der also Befehrenten ließe sich mühelos durch weitere Beispiele verdoppeln und verdreifachen, aber darum bleibt der Fall d'Annunzio uns nichts weniger interessant. Seine Romane „Der Unschuldige“ und „Luft“ und sein berühmtes Verhältnis zu Eleonore Duse erwiesen ihn als einen Sinnemensch von äußerstem Raffinement; in seinen Gedichten zeitigte der Geschlechtstrieb Blüten voll lobender Pracht; sein ganzes Gebahren, wie er beispielweise, auf welchem Hof in weißes Gewand gehüllt, stundenlang ruhig hielt als das lebende Monument seiner selbst, deutet auf einen Verehrer aller Dreifachseitigkeiten und der Nationalistenreich von Fiume auf einen Mann der romantischen Latenz. Und nach all dem die Klosterzelle! Es klingt seltsam und liegt doch dem Verständnis so nahe, wenn man nur etwas von der Psychologie der Märtyrer und großen Dichter weiß. Die Selbstgeißelung, die freiwillig gewählten Martern, das indrünstige Gebet, sie sind nicht mystische „Erleuchtungen“ von oben her, sondern die letzten, schmerzlichen Formen des Sinnengusses. Die geschlechtliche Entartung des „Mofchismus“, der Selbstquälerei zum Zweck sexueller Aufstachelung, hüllt sich bisweilen in religiöses Gewand, bei Künstlern, also bei Leuten mit lebhafter Phantasie und reizbaren Sinnen, begreiflicherweise am leichtesten und häufigsten. Es ist die Stimmung, die Heine in einer seiner „Lamentationen“ festgehalten hat, nur daß der ewige Jünger auch die „Flucht zu Gott“ verhohnte. Aber das „Ich“, das in den folgenden Versen spricht, könnte bis auf die lästernde Schlußwendung ganz gut Gabriele d'Annunzio heißen:

Rückschau.

Ich habe gerochen alle Gerüche
In dieser holden Erdenküche;
Was man genießen kann in der Welt,
Das hab' ich genossen wie je ein Feld!
Hab' Kaffee getrunken, hab' Kuchen gefressen;
Hab' manche schöne Puppe besessen;
Trug' seidne Westen, den feinsten Frack,
Mir klingen auch Dufaten im Saak ...
Ein Lorbeerkranz umschloß die Stirn,
Es duftete Träume mir ins Gehirn,
Träume von Rosen und ewigem Mai —
Es ward mir so selig zu Sinne dabei ...
Das waren Visionen, Seifenblasen, —
Sie playten — jezt lieg' ich auf feuchtem Rasen,
Die Glieder sind mir rheumatisch gelähmt,
Und meine Seele ist tief besäht.
Ach, jede Luft, ach, jeden Genuß
Hab' ich erkauf't durch herben Verdruß,
Ich ward gedrängt von Bitternissen
Und grauam von den Wangen geßissen ...
Jezt bin ich müd' vom Rennen und Laufen,
Lebt wohl! Dort oben, ihr christlichen Brüder,
Ja, das versteht sich, dort sehn wir uns wieder.

Diese Verse und die Grundstimmung, die ihnen wie der „Belehrung“ Schlegels, Brentanos, Bahrs und d'Annunzios zugrunde liegt, sollten die Pfaffen wohl bedenken, ehe sie mit ihrem neuesten Sang staatsmachen.

Dem Prager Tagblatt ins Stammbuch. „Was ist Ehre?“ Warum lachen wir über Falstaffs Arieaphilosophie? Im Grunde doch nur, weil der Philosoph ein weinseliger Schmerzbauch ist, der Sektflaschen im Pistolenfutteral führt. Aber seht Falstaff eine Krone auf, hüllt ihn in Purpur und Hermelin, geht ihm Szepter und Marschallstab in die Hand, — und in tiefer Ergebenheit, mit innerster Zustimmung wird ein deutsches Publikum den Monolog über die Ehre anhören. — Probe aufs Exempel: Was tut ein Monarch, der den größten aller Kriege verloren hat? Er stellt sich an die Spitze seiner Truppen und sucht den Tod? Nein. Denn „die Schande muß vermieden werden, daß Se. Majestät dem Feinde lebend in die Hände fallen könnte“. (Hindenburg, der doch über die Ehrbegriffe Bescheid wissen muß, in seinem letzten Brief an Wilhelm.) Wir erfahren also: wenn einer kämpft und dabei lebend in Feindeshände fällt (kann vorkommen), so ist das eine Schande. — Aber: wenn der Mann nach Holland geflüchtet ist und an die Feinde, denen er nicht lebend in die Hände fallen wollte, gegen hohe Baluta seine Memoiren verhöfert, so ist das — Schande? Aber woher denn, das ist ein gutes Gebüh! (Schande ist nur ein mythologischer Ausbruch für schlechte Geschäfte, sagt Bedekind Na, hat er recht?) — Wo der Profit ist, dort ist die Ehre. — Das Manschettentropfenpatent des Kronprinzen war eine lächerliche Sache, weil es nichts einbrachte. — Memoiren gegen Pfunde und Dollars — todernste Angelegenheit, hochanständige Sache. Das heißt, nicht durchaus. Denkt an die Dredbagen, die gegen Raupky flogen, weil er mit ausländischen Ver-

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

lagen abschloß. Nur „streng nationale“ Männer dürfen das: Wilhelm, Vater und Sohn, Sindenburg, Lubendorf. Schon weil ihnen der Brute viel höhere Honorare zahlt als die paar holländischen Gulden, die Raughy empfing. Quod licet Jovi, non licet Rautsky! — Ich male mir in Gedanken den eusephischen Spektakel, den unser Nationalistenpresse vollführt hätte, wenn die Pariser Presse einen im Kampf gefangenen Wilhelm — na sagen wir — in einer Affenkläff auf den Boulevard herumgezeigt hätte. Das Geschrei — gar nicht ausdenken! Aber daß ein Memoiren-Wilhelm, der sich freiwillig gegen Geld an die Pariser Hesperie verkauft hat, jetzt von den Camelots der Boulevardpresse ausgeschrien wird. — Bauer, das ist was ganz anderes! — Was ist Ehre? Vigil. („Die Glocke“.)

Vom Kommunismus zum Porthyhänger. Der Leiter des in Prag erscheinenden Horthyblattes „Pragai Magyar Hirlap“ ist ein gewisser Rudolf Szantos. Dieser Herr, cand. phil., während der Protokollredaktion in Ungarn, leidenschaftlicher Anhänger Bela Kuns, ist das Prototyp eines rückgratlosen Renegaten. Nach dem Zusammenbruch der Räteherrschaft suchte er sich dem Horthy-Regime zu nähern, was ihm als Jude nicht gelang. Da kam er wutentbrannt nach Prag, und wurde wieder ein leidenschaftlicher Bolschewik. Der jeden „Sozialverräter“ tief verachtete, über die Idee des Marxismus, über Theorie und Praxis des Bolschewismus mehrere Vorträge hielt und einer der Organisatoren der kommunistischen Jungarbeiter in Prag wurde. Er schrieb blutig und von daß überfüllte Artisele gegen das Horthyregime, gegen die Gegenrevolution in Ungarn usw. Inzwischen kehrte er nach Ungarn zurück, ließ sich assistieren und diente drei Monate lang in der weißen Armee. Er bekam dann Studienurlaub und ging nach Prag, wo er von seinen Parteigenossen mit großem Jubel empfangen wurde. Er verschwand dann bald wieder und tauchte nach einigen Monaten mit neuer Visittarte auf: Raoul de Szanti, Redakteur diplomatique de Journal „Pragai Magyar Hirlap“. Der edle Kommunist ging zur Prager Expositur des Horthyregimes, zur christlichsozialen-antisozialistischen Zeitung über. Hier bekam er anfangs monatlich 1000 Ké und schrieb kleinere Uebersetzungen aus dem Französischen und Deutschen. Später erhöhte sich sein Gehalt äußerst schnell und jetzt ist er Redakteur, unerbittlichster Irredentist und Reaktionsär, als Jude Horthyhänger und Antisemit; er ist der Geist des Blattes, der eigentliche Chefredakteur. — Wir brauchen der Entwicklungsgeschichte dieses politischen Chamäleons, die uns aus zuverlässiger magyarischer Quelle mitgeteilt wird, nichts hinzuzufügen. Denn sie stellt diesen Heiden selbst in das richtige Licht.

Eine Niederlage des Abg. Rabda in Schön-priefen. Aus Aussig wird uns mitgeteilt: Mittwoch, den 27. d. M., hielt der deutschnationale Abg. Rabda in Schön-priefen bei Aussig einen Vortrag über die politische Lage, in welchem er als der politischen Weisheit letztes Ziel das Aufgeben aller politischen Standesorganisationen und die Gründung einer großen völkischen Organisation verlangte. Er wandte sich gegen den Kapitalismus und erklärte u. a., daß der Kulturkampf das deutsche Volk nicht berühren könne, weil die Trennung von Kirche und Staat etwas sei, was vorläufig nicht interessiere. Unsere Genossen waren in der Versammlung anwesend und als Korreferent sprach Genosse Békina, der unter dem Beifall der Versammlung darauf hinwies, daß die Harmoniebücherei des Herrn Abg. Rabda nur schwer auf die Gegenliebe der Arbeiterschaft stoßen würde, nachdem heute die Unternehmer, die in der Partei des Herrn Rabda organisiert sind, rücksichtslos die Löhne der Arbeiterschaft am 1. Oktober um 30 Prozent reduzieren wollen. Der Herr Abg. Rabda rebete sich dann

darauf aus, daß die Unternehmer, wenn sie den Lohn abbauen, nicht als Angehörige der Partei, sondern eben als Unternehmer handeln. Gewiß eine sehr feine Ausrede, die den anwesenden Arbeitern außerordentlich imponierte! Herr Rabda lehnte weiter jede Gemeinschaft mit den Unternehmern ab, was die Versammlung immer auf neue zu Heiterkeitsausbrüchen veranlaßte. Es kam zum Schluß darauf hinaus, daß Rabda nur für seine eigene Person sprach, keineswegs für irgend eine Partei, weil er jede Aktion der Bürgerlichen für seine Person ablehnte. Man muß sagen, daß ein deutschbürgerlicher Abgeordneter noch selten eine so große Blamage davon getragen hat, als Rabda in seiner Versammlung.

Ein Projekt von Kommunisten gegen Kommunisten? Dr. Smeral hat die Rechnung oder besser gesagt die Abrechnung — ohne Wenzel Sturz gemacht. Daß sich dieser dem Hinmuntur aus der Partei nicht so leicht fügen wird, war zu erwarten. Aber er führt seinen Widerstand in einer Weise durch, die seine bisherigen Genossen kaum erwartet haben. Er wird noch immer im „Rude Pravo“ als Herausgeber geführt. Offenbar hat er sich, wie auch der „Secernit Prava Sidu“ annimmt, der Weisung des kommunistischen Exekutivausschusses widersetzt, die Herausgeberchaft niederzulegen. Als Herausgeber gilt Wenzel Sturz vor den Aemtern als rechtmäßiger Besitzer des Blattes, welcher die Herausgabe des Blattes einstellen, gegebenenfalls auch eine rechtmäßige Kündigung der ganzen Redaktion und Administration geben darf, da der Exekutivausschuh einer politischen Partei den Aemtern gegenüber keine juristische Person bedeutet. Also die Affäre Sturz-Smeral wird noch manches Interessante der Öffentlichkeit bringen.

Wieder eine Korruptionsaffäre. Die Serie der Korruptionsaffären in diesem Staate ist wieder um eine reicher geworden. Kaum, daß sich die Öffentlichkeit über den Joachimsthaler Korruptionsstand etwas beruhigt hat, so bringt Dr. Bouček in der gestrigen „Tribuna“ eine neue Affäre, die die Joachimsthaler Geschichte bei weitem noch übertrifft. Es handelt sich hier um das Bad Sztiaes südlich von Keusohl in der Slowakei. Dieses Bad gehörte seinerzeit der Hugenottenfamilie Senoir, die aus Frankreich nach Kassel geflohen war. Die Nachfolger der Familie Senoir schenkten das Bad der Stadt Kassel. In der Schenkungsurkunde behielt sich die ungarische Regierung das Vorkaufsrecht vor. Als im Jahre 1918 die Stadt Kassel das Bad einem gewissen Jusztus um 2.100.000 Kronen verlaufen wollte, fragte sie bei der ungarischen Regierung an, ob sie auf dem Vorkaufsrecht beharre. Die ungarische Regierung bejahte und hinterlegte bei der Ungarischen Kreditbank die Summe von 2.134.438 Kronen. Die Verhandlungen zogen sich aber bis nach dem Umsturz hin und die ungarische Regierung Karolyi erklärte am 8. Dezember 1918, daß sie von dem Vorkaufsrecht zurücktrat. Die tschechoslowakische Republik übernahm dann das Bad in ihre Verwaltung. Es entspann sich ein großer Rechtsstreit, da die tschechische Regierung erklärte, der ungarische Staat sei beim Umsturz Eigentümer des Bades gewesen und das Bad falle aus diesem Grunde nach dem Frieden von Trianon ohne Entschädigung an den tschechoslowakischen Staat. Dem gegenüber erklärte die Stadt Kassel, daß der Kaufvertrag noch nicht geschlossen war und Herr Jusztus andererseits brachte wieder vor, daß er bereits große Summen für das Bad verwendet habe. Nach längeren diplomatischen Verhandlungen wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der die Stadt Kassel für das Bad sechs Millionen Kronen erhalten sollte. Dies war im September 1921. Die tschechische Regierung trat jedoch damals zurück und der neue Minister Vrbenstly erklärte, nichts zahlen zu wollen.

Am 3. Jänner des heutigen Jahres kamen zu Dr. Bouček Jusztus und der Rechtsvertreter der Stadt Kassel Dr. Steiger, die Dr. Bouček ermächtigt, mit der Regierung ein Abkommen zu schließen, demzufolge die Kaufsumme des Bades drei Millionen betragen hätte. Vrbenstly lehnte jedoch dieses Angebot strikte ab. Im Juli dieses Jahres aber schloß das Gesundheitsministerium mit der Stadt Kassel einen Vertrag ab, demzufolge es für Sztiaes sieben Millionen zu zahlen hatte, also um eine Million mehr als im September 1921 und um vier Millionen mehr als die Stadt Kassel im Jänner dieses Jahres gefordert hatte. Dem Ministerrat war der Antrag des Dr. Bouček vom Jänner dieses Jahres nicht mitgeteilt worden. Die Vermittlung für diesen Verkauf bewerkstelligte derselbe Herr Sztia, der auch bei der Korruptionsaffäre, die das Joachimsthaler Hotel betraf, die Hand im Spiele gehabt hat. Dr. Bouček versichert am Schluß seiner Ausführungen, daß er bemüht sei, die Verhandlung gegen ihn schon in der November-Schwurgerichtsperiode ansehen zu lassen, falls ihn Dr. Vrbenstly klagen sollte. — Die breite Öffentlichkeit kann neugierig sein, ob Doktor Vrbenstly diesem Wunsche Dr. Boučeks so schnell Folge leisten wird.

Von der „demokratischen“ Armee. Als im Jahre 1920 die Rekruten beim Inf.-Reg. Nr. 5 einrückten, wurde am ersten Einrückungstage nur ein Teil der Rekruten von der Kommission untersucht und übernommen, während etwa 100 Rekruten für den nächsten Tag bestimmt wurden, da die Kommission mit ihren Arbeiten nicht fertig werden konnte. Als nun jetzt diese Soldaten nach ihrer zweijährigen Dienstzeit nach Hause gehen sollten, stellt es sich heraus, daß diejenigen, die im Jahre 1920 wegen Ueberlastung der Kommission erst am zweiten Tage übernommen und eingereicht wurden, jetzt zehn Tage nach dienen müssen! Dieses Nachdienen gilt als Strafe. — Beim Militär scheinen sonderbare Rechtsbegriffe Geltung zu haben. Es wäre dringend geboten, diesen Vorkfall, den das „Rude Pravo“ meldet, auf seine Richtigkeit zu überprüfen, da es nicht angeht, daß Leute unerschuldet um ihre freie Zeit beraubt werden.

Großer Juwelendiebstahl in Wien. Dienstag früh wurde im 19. Bezirk ein raffiniert angelegter großer Juwelendiebstahl begangen. Als Täterin kommt eine Frauensperson in Frage, welche unter dem Namen Marie Stettinger dorsetscht als Hausgehilfin bedienstet war. Es handelt sich um eine internationale Hochstaplerin namens Anna Mayer, aus Ungarn gebürtig, welche seit zwei Jahren von der Polizei gesucht wird. Auf die Ergreifung der Täterin ist eine Belohnung von zehn Millionen gesetzt.

Fillegerngüß in Neusäß. Bei einem Probeströße mit einem Eindecker stürzte der Fliegerhauptmann Boranowski aus einer Höhe von 30 Meter in Neusäß tödlich ab. Der Apparat wurde gänzlich zerstört.

Selbstmord. Gestern früh schoß sich in Prag-Weinberge die Pianolehrerin Franziska Cipin eine Kugel in die Brust. Sie war sofort tot.

Fabrikbrände. Brand einer Tischlerei in Reichenberg. Am Montag früh geriet in Reichenberg die der Baufirma Josef Bilz gebörende fabriksmäßige Tischlerei in Brand. Das Feuer soll durch unvorsichtiges Dantieren beim Anfeuern eines Ofens entstanden sein. Das Feuer nahm eine große Ausdehnung an und bedrohte auch das Theatermagazin der Stadt Reichenberg. Nach harter Mühe gelang es, das Feuer zu löschen. (Brand in Preshburg.) Sonntag nachmittags wurde in Preshburg die Dachpappefabrik Wenzel durch einen Riesenbrand eingedäschert. Mehrere Waggons Benzol, über 100 Waggons Teer und mehrere hundert Waggons Dachpappe sowie zwei Lastautos und die Objekte der Fabrik wurden ein Raub des Großfeuers.

Die Feuerwehren mußten sich begnügen, den Brand zu lokalisieren. Der Schaden beträgt gegen zwei Millionen Kronen und ist durch Versicherungen gedeckt. — (Brand der „Atlaswerke“ in Leipzig.) Die chemische Fabrik „Atlaswerke“ in Leipzig ist am Mittwoch ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer, das mittags ausbrach, wüthete bis in die Nacht hinein. Der Brandschaden ist ungeheuer.

Ein Liebesdrama in Prag. Als die Private Emilie Schlein, wohnhaft Bodičova, gestern von einer Reise zurückkehrte, fand sie in ihrer Wohnung ihre Dienstmädchen schwer verletzt im Bette und deren Liebhaber tot auf. Neben der Leiche des Liebhabers lag ein Revolver. Das schwerverletzte Dienstmädchen wurde ins Krankenhaus gebracht.

Zusammenstoß zwischen Kraftwagen und Gletsche. In der Královská in Prag-Bysořkan stieß gestern ein Wagen der Linie 5 mit einem Postauto zusammen. Der Motorwagen wurde aus den Schienen und gegen ein Hausort geschleudert. Verletzt wurde niemand.

Die Volkszählungsergebnisse in der Hauptstadt Prag.

Die soeben herausgekommene Nr. 32 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ bringt genaue Daten über die Ergebnisse der Volkszählung in Groß-Prag. Nach diesen statistischen Angaben wurden am 15. Feber 1921 in Prag gezählt: 624.744 „Tschechoslowaken“, 30.429 Deutsche, 5.959 Jüdischnationale, 2163 sonstige und 13.362 Ausländer, insgesamt also 676.657 Einwohner. Von diesen 676.657 Einwohner waren 395.119 römisch-katholisch, 1.217 griechisch-katholisch, 437 altkatholisch, 30.961 evangelisch, 85.960 gehörten zur tschechischen Nationalkirche, 3.296 griechisch-orientalisch, 31.751 israelitisch, 620 unbekannt und 127.296 konfessionslos. Interessant ist, daß von 31.751 Israeliten sich nur 5.900 als Jüdisch-Nationale bekannt haben, während 16.342 sich als Tschechen, 7.406 als Deutsche und 308 als sonstige, sowie 1.795 als Ausländer. Von den Jüdisch-Nationalen sind 11 römisch-katholisch, drei evangelisch, drei griechisch-orientalisch und 39 konfessionslos. Prag hat sich in den letzten 78 Jahren gewaltig entwickelt. Im Jahre 1843 zählte man auf dem Boden des heutigen Groß-Prag 146.418 Einwohner, im Jahre 1890 bereits 397.268, im Jahre 1910 dann 616.631 und im Jahre 1921 676.657. In dem sogenannten Innern Prag (Prag I.—V.) gab es im Jahre 1843 111.706 Einwohner, und im Jahre 1921 160.414 (1910 151.568). Direkt rapid wuchs die Bevölkerung in der „Ersten Zone“ von Prag (Karolinenthal, Jizkov, Weinberge, Prag-Byšhrad, Smichow, Prag-Hollešowis-Subna), wo sie von bloß 15.579 im Jahre 1843 auf 147.851 im Jahre 1890, auf 270.295 im Jahre 1910 stieg, um 1921 die Zahl von 288.238 zu erreichen. In der zweiten, weiter vom Stadtkern entfernten Zone gab es im Jahre 1843 6.230 Einwohner, im Jahre 1921 bereits 139.505. Die in der Zone eins und zwei liegenden Stadtteile sind zumeist Industrieorte, so daß das Steigen ihrer Bevölkerungsziffer vollauf erklärlich ist. Auf ein Dekar verbauter Fläche entfallen in Groß-Prag 572 Einwohner. In Prag gibt es und gab es auch seit jeher mehr weibliche als männliche Einwohner. Das Verhältnis ist heute 325.747 : 350.910 zu Ungunsten der Frau. Auf 1000 Männer entfielen im Jahre 1843 1.084 Frauen, während jetzt 1.125 Frauen auf 1000 Männer kommen. Nach der Statistik gibt es in Prag 19.044 bewohnte und 324 unbewohnte Häuser. Auf 100 Häuser 881 Wohnungsparteien und 3553 Bewohner; auf 100 Wohnungsparteien entfallen demnach 403 Bewohner. — Von Interesse ist noch, daß die größte Anzahl Konfessionsloser in Prag, Kóhlyš und Profek zu finden ist: Kóhlyš 41,4 Prozent, Kóhlyš 55,9 Prozent und Profek 54,8 Prozent.

Rees Doort.

(26)

Ein flämischer Sittenroman von Georges Gekhou.

Rees ging schnell weiter. Jürgen, der ihn losgelassen hatte, folgte ihm; er hielt sich schon fast wieder gerade. Sie hörten noch die Türe des Wirtschaftshauses „zur Kráhe“ aufgehen. Auf der Schwelle rief Mit Das ihnen nach, indem er die beiden Hände vor den Mund hielt: „Da—hu—la! He, ihr beiden, Jürgen, Jü—ü—rgen! — Háll, delobelol!“ Sie waren schon zu weit fort, als daß jener sie noch hätte sehen können. Sie antworteten ihm nicht, sondern gingen links über die Felder, über denen eine tiefe Dunkelheit lagerte. Schon seit mehreren Stunden war es stockfinster, und auf seinem Hofe schien mehr ein Licht. Ein lauer Wind wehte sanft wie ein Hauch über die Felder und flüsterte in den langen Reihen der Pappeln. Die beiden gingen schweigend nebeneinander, und ihre Schritte veranlaßten jeden Augenblick im Boden des Felders, der durch die letzten Winterregen ganz aufgeweicht worden war. Sie kamen unten an den Wall. „Sollen wir hier stehen bleiben?“ fragte Jürgen. „Wie du willst.“ antwortete Rees, und von einem letzten guten Gedanken bewegt, sagte er noch zu ihm: „Wir könnten uns vielleicht einigen. Du weißt, daß man mich ungerecht behandelt hat, und du willst mir jetzt noch mehr Leid zufügen. Jürgen, was sagst du? Ich werde dir dann die Hand geben und dein Freund sein. . . Habe Nachsicht mit mir, ich liebe sie! . . .“ „Für wen hältst du mich, Rees? Ein

ordentlicher Junge bleibt bei seinem Wort; ich habe ihr versprochen, sie zu heiraten. . . Und was könnte es dir auch nützen, wenn ich sie nicht nähme?“ „Mir nützen? Da würdest du mir ja mein Leben wiedergeben. . .“ „Ich kanns nicht ändern, Kamerad, aber sie hatte dich nicht lieb; der Platz war frei, ich habe die Gelegenheit benützt, Donnerwetter, D ja, er ist jetzt befest, und nur zu gut. Denn hör mal: du willst doch dir das nicht zuschreiben, was ich gemacht habe?“ Rees hielt sich den Kopf mit beiden Händen, wie wenn alles in seinem Gehirn zusammenbrechen wollte. „Was sagst du, Jürgen? Wiederhole es, ich will es noch einmal hören. Ich hab dich nicht verstanden. . .“ „Hast du gesehen, armer Junge, wie sie mir vor dem Tange ins Ohr flüsterte? Was sie mir da sagte, das war nichts von dir. Es ist ganz einfach, ich werde bald Papa sein.“ „D nein, Jürgen, sag das nicht. . . Das ist nicht wahr, das ist nicht möglich.“ „Gewiß ist es wahr, nur zu wahr. Höre nur: vor fünf Monaten auf der Ritter Kirmes hatten ihr uns verloren, Annette und mich. Da ich allein bei ihr war — und wer weiß, was für ein Teufel mich auch noch dazu antrieb — habe ich mich nicht begnügt, ihr ins Gesicht zu schauen. . . So stehen die Sachen.“ Der unbarmherzige Gek sahte bei diesen Worten laut auf, und dann fuhr er wieder fort: „Warte nur noch vier Monate, und du wirst schon sehen. . . Ja, es ist richtig. . . Vom Oktober an. . . Vier und fünf ist neun, oder der Lehrer von Weirrecht hat mich belogen. . . Zähl's nur an deinen Fingern nach.“ Für Rees konnte nun kein Zweifel mehr übrigbleiben.

„Ah, die Cleude! Ah, die Hündin!“ schrie er wütend. „Es ist also wahr, daß sie ihn gern hatte! . . . Dann komm her, du sollst nicht von hier fortgehen! . . .“ Während er das sagte, trat er einige Schritte zurück, und nahm einen Anlauf, um über den andern herzufallen. Jürgen aber, der schon etwas müderer geworden war, hatte noch Zeit gefunden, sich bereitzustellen, und mit der Faust verfeuerte er ihm einen Schlag zwischen die Augen. Rees verspürte sozusagen nichts davon, obgleich die Faust des Gegners ihm ein Stück Haut von der Stirne gerissen hatte. Er nahm einen zweiten Anlauf. Da er gewandt und stark war, hätte er seinen Gegner zu Boden geworfen, wenn er ihn nur am Leibe zu fassen bekommen hätte. Jürgen war jedoch gewohnt, mit der Faust zu kämpfen, und er verließ sich darauf, um den Wütenden abzuhalten. Er wies in der Tat zwei oder drei Angriffe Rees mit all seinen Kräften zurück. Aber die Aufmerksamkeit Jürgens ließ bald nach; die Finten des schlaunen Anchetes, der ihn von allen Seiten angreifen suchte, brachten ihn aus der Fassung, und in einem Nu fühlte er sich ganz unarm, aufgehoben und auf den Rücken geworfen. Er stieß einen Fluch aus, als er den Boden berührte, aber er konnte ihn nicht vollenden. Rees hatte seinen Zweck erreicht, wenn gleich die Verzweiflung dem Gänseriker neues Leben verlieh. Jürgen, obgleich niedergedrückt, wehrte sich doch noch und suchte dem „Signor“ die Augen auszukraden, ihn zu weihen, an den Haaren zu fassen oder ihn mit dem Knie zwischen die Beine zu kommen und ihm den Unterleib zu zerdrücken. Aber alles war umsonst. Rees hielt gut stand und ließ ihn nicht an sich kommen. Sie wälzten sich mehrmals, der eine auf dem andern, sich zusammenpressend, schäumend und blutend. Bei dieser Anstrengung schwanden Jürgen, der sich unter den Händen Doort's erdrückte

fühlte und kaum noch zu atmen vermochte, die Kräfte. „Warte, jetzt bekommst du dein Leib.“ sagte der Sieger. „Das Spiel mit der Gans ist zu Ende. Jetzt kannst du zusehen, wie du spielen wirst, mein König, mit einer Frau oder mit sonst was. . . Wir kommen aus der Löchergrube, hu, hu!“ Jürgen sah wohl ein, daß er verloren war. Er konnte noch in seine Hofentasche fahren und sein Messer, das er immer bei sich trug, herausziehen. Rees hatte das bemerkt, und er ließ es ihn absichtlich herausholen, entriß es ihm aber, noch ehe Jürgen sich dessen versehen hatte. Nun wars vorbei. Er stieß ihm das Messer in den Leib, zog es zurück und stieß es nochmals hinein. Er hatte zuvor die Kleider des Unglücklichen unter dem Gürtel entfernt, damit die Klinge durch nichts aufgehalten sein sollte. Beim ersten Stoß, den er in die Lenden erhielt, schrie der Unglückliche: „O Rees! Tu das nicht! Hab Mitleid! Oh weh, Rees, Rees! . . .“ Rees hörte ihn nicht mehr. Er sah rittlings auf ihm und hatte ihn ganz in seiner Gewalt. Er drückte die Hüften Jürgens zusammen, wie wenn er auf einem Hengste säße. Mit der einen Hand hielt er seinen Freund an der Kehle fest, um ihn am Schreien zu verhindern, und mit der anderen zermetschte er ihn den Leib, indem er mit dem Messer dreinhieb, wie mit einer Hacke im Felder. Das Rechen des Besiegten nahm schon ab. Damit er ganz verstummen sollte, stieß Rees ihm ein letztes Mal das Messer in den Nacken, wie man es beim Schlachten eines Schweines macht. Das Köpfchen hörte nun auf. Ein Blutstrom quoll aus dem Munde des Ermordeten, die Glieder ließen nach und fingen an steif zu werden. . . (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Eine Tragödie unter Tag.

Es ist 3 Uhr, und das Gas kommt immer stärker. Diese Worte, die auf einem feinen Papier geschrieben und an dem Leichnam eines Bergmannes befestigt waren, wurden von einer Rettungs Expedition gefunden, die 22 Tage hindurch einen Tunnel gegraben hatte, um 47 verunglückte Bergleute zu bergen. Die furchtbare Tragödie, von der diese Worte lauten, ereignete sich am 27. August in dem Argonauten-Bergwerk zu Jackson in Kalifornien. Die Vorkatastrophe war der einzige Bericht von dem grausigen und verzweifelten Kampfe mit dem Tode, den die 47 Männer ausgefochten hatten. Die Kohlenkammer hatten sie in einem 3000 Fuß unter der Erdoberfläche gelegenen Schacht überhäuft, als ein Feuer ausbrach. Während die anderen Bergarbeiter sich retten konnten, blieb diesen 47 kein Ausweg. Man konnte ihren Todeskampf aus verschiedenen Einzelheiten bei der Auffindung sich vergegenwärtigen. Die Rettungs Expedition, die mit immer geringeren Hoffnungen auf die Errettung der Kameraden sich in die Tiefe hinabarbeitete, drang bis zu einer Tiefe von 4200 Fuß unter Tage vor. Hier fand man eine hastig errichtete Barriere, durch die die Unglücklichen versuchten, das Vordringen des Gases zu verhindern. Die giftigen Dämpfe waren aber durch die Fugen im Holz hindurchgedrungen, und so hatten die Männer sich nach tiefer hinuntergeflüchtet bis zu 4350 Fuß. In dieser Schicht fand man die zweite Barriere; sie bezeugte den letzten verzweifelten Versuch der dem Tode Geweihten, das Vordringen der Gase aufzuhalten. Ihr Holzvorrat war bereits erschöpft und so hatten sie ihre Körper heruntergerissen und in die Lücken der Holzbarriere gestopft. Aber auch das war vergebens. Das Gas kam doch durch, und in einem neuen Versuch, sich durch Aufspritzung einer Wand zu wehren, wurden sie von den giftigen Schwaden überfallen, und so starben sie, die meisten nackt, alle dicht aneinandergedrängt. Der ganze Todeskampf hat nur wenige Stunden gedauert, und nach dem Urteil der Ärzte starb der letzte der 47 innerhalb fünf Minuten nach dem ersten.

Explosion eines Munitionsdépôts.

Spezia, 28. September. (Stef.) In der Ortschaft Santa Teresa zwischen Muggiano und Verucola lag heute nachts um 3 Uhr infolge Mißschlages ein Depot von Explosivstoffen im Stellungswerke Falconara in die Luft. Der angerichtete Schaden ist groß, auch sind zahlreiche Opfer an Menschenleben zu beklagen.

Strandung von Dampfern. Ein schwerer Sturm tobte Montag an der Ostküste. Zahlreiche Dampfer, darunter auch solche für den Personenverkehr, haben teilweise recht beträchtliche Beschädigungen erlitten. So war auch der auf der Fahrt von Königsberg i. Pr. nach Rume befindliche Personendampfer „Abbazia“ durch den schweren Sturm gezwungen, Stolzmuße als Rothafen anzugreifen. Das Schiff, dessen hoher Aufbau jedoch dem Sturm große Angriffsflächen bot, wurde mittschiffs zunächst auf den Molentopf und dann mit schwerer Ruder- und Maschinenavarie auf den Wellenbrecher der Mole geworfen. Nach mehrmaligen Versuchen gelang es, das schwerbeschädigte Schiff abzuschleppen. — Der englische Dampfer „Almencon“ meldete einem Telegramm aus Marseille zufolge durch Funkpruch, daß der französische Kohlendampfer „Pim. Nr. 8“ an einer seltsamen Stelle der portugiesischen Küste infolge Sturms aufgelaufen sei.

Farbige Filme. Dem Amerikaner Daniel Comstock ist es, wie aus New York telegraphiert wird, nach siebenjähriger Arbeit gelungen, ein Verfahren zur Färbung von Filmen in natürlichen Farben zu finden. Als besonderer Vorteil des neuen Verfahrens wird außer der tadellosen Wiedergabe und Fixierung der Farben seine außerordentliche Billigkeit gerühmt. Das Patent ist bereits von einer New Yorker Gesellschaft angekauft worden, die zu seiner industriellen Ausbeutung begründet wurde. Die Aufnahmen erfolgen nach dem gewöhnlichen photographischen Verfahren, aber mit einer besonderen Kamera. Nach der Entwicklung passiert der Film mehrere chemische Bäder, die die gewünschten Farben in die Erscheinung treten lassen.

Gerichtssaal.

Ein deutschnationaler Verleumter verurteilt.

Berlin, 28. September (Eigenbericht). Vor einer Berliner Strafkammer hatte sich heute der frühere Gewerkschaftssekretär und jetziger nationalsozialistischer Redakteur Roth wegen Verleumdung des Genossen Breitscheid zu verantworten. Roth hatte in einem Artikel behauptet, daß Breitscheid während des Krieges Landesverrat begangen habe, und für seine angeblich französisch freundliche Außenpolitik vom Auslande bezahlt werde. In der Verhandlung wurde festgestellt, besonders durch den als Sachverständigen einberufenen Genossen Eduard Bernstein, daß an diesen verleumderischen Behauptungen kein wahres Wort ist. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis, das Gericht belieh es jedoch bei der höchstmöglichen Geldstrafe von 500 Mark, wobei bemerkt wurde, daß es der Angeklagte lediglich dem Genossen Breitscheid, dem es um die Aufhellung des wahren Standes der Dinge sich gekümmert habe, zu verdanken habe, daß nicht auf Gefängnis erkannt wurde.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Noch ein Angriff auf den Achtstundentag.

Ein Beweis, wie stark sich die Reaktion in der Tschechoslowakei fühlt, ist der, daß sie die Zeit für gekommen erachtet, einen Angriff auf die bedeutendste Errungenschaft der Arbeiter nach dem Umsturz, den Achtstundentag zu führen. Wir haben schon gestern das Blatt des zukünftigen Ministerpräsidenten, den „Venkov“, zitiert, der Stimmung für die Verlängerung der Arbeitszeit zu machen sucht. In der gleichen Richtung wird der Angriff von den Gewerbetreibenden aus geführt. In der dienstägigen Sitzung des staatlichen Gewerberates wurde nämlich ein Antrag des Mitgliedes Petrovichy angenommen, der staatliche Gewerberat möge alle in ihm vertretenen Korporationen auffordern, ihm entsprechendes Material vorzuschlagen, damit zu geeigneter Zeit Verhandlungen über eine Abänderung beziehungsweise Aufhebung des Gesetzes bezüglich der achtstündigen Arbeitszeit im Gewerbe und Handel eingeleitet werden können. Die Besitzer in Stadt und Land glauben, daß durch die Wirtschaftskrise die Arbeiterklasse derart geschwächt ist, daß man mit ihr machen kann, was man will. Die Gegner des Achtstundentages aber werden sich verrechnen. In dem Augenblick, wo sie wirklich daran gehen werden, an den Achtstundentag zu rühren, werden sie den geschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation und politischen Parteilichkeit herausfordern, einen Widerstand, an dem sich die Kraft der Reaktion in der Tschechoslowakei brechen wird.

Der Taktik der tschechischen Gewerbeabteilung in der kommenden Herbstsession des Parlamentes bildet, wie die „Cestlovenska Republika“ mitteilt, den Gegenstand der Sitzung, welche vom Landesrekursionsausschuß der Partei für den 25. d. M. einberufen worden war. Es wurde beschlossen, einen abwartenden Standpunkt gegenüber der neuen Regierung einzunehmen. Die Klubs selbst sollen eine Politik der freien Hand betreiben. Wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte, diese Taktik zu ändern, soll der Landes- und Exekutivausschuß sofort einberufen werden.

Der Konsumverein Bilitz gibt seinen Bericht aus, in dem zunächst im allgemeinen Teil der schwierigen Lage der Genossenschaftsbewegung gedacht wird. Trotzdem ist es dem Verein gelungen, seine Mitgliederzahl im letzten Jahre um hundert auf 1617 zu erhöhen. Die eingehaltenen Geschäftsanteile betragen 139.000 Kronen, der Warenumsatz 4.418.000 Kronen. Originell ist die graphische Darstellung der Umsatzziffern der einzelnen Verkaufsstellen, welche durch Pfeile der Bilitz Vorschau dargestellt sind. Fast an der Spitze angelangt ist der Mann, der die Verkaufsstelle Bilitz darstellt, während die anderen längs des Abhanges wandern. Am Fuße ist das Männlein, welches die Verkaufsstelle Breschen darstellt, die erst am 10. März 1922 eröffnet wurde.

Der Plan einer gemeinsamen Währung der Völkerbundstaaten. Im Räte der Gesellschaften der Nationen wurde am 26. September in Genf der Entwurf eines rumänischen Delegierten vorgelegt, der die Vereinheitlichung der Währungen in Staaten, welche Mitglieder der Gesellschaft der Nationen sind, fordert. Der Rat hat den Antrag der Wirtschafts- und Finanzkommission zur Überprüfung zugewiesen.

Jugoslawien in finanziellen Nöten. In einer am 27. September abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates der Nationalbank begründeten Finanzminister Rumanudi, Kriegsminister General Batic, Verkehrsminister Stanic und Minister für soziale Fürsorge, Terjev, die Notwendigkeit eines außerordentlichen Kredites von insgesamt 270 Millionen Dinars für die Anschaffung von Lebensmitteln bzw. dringenden Eisenbahnmateriale. Nach eingehender Erörterung der gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse erklärte sich der Verwaltungsausschuß außerstande, der Regierung solche entgegenkommen zu können, da hierzu eine Erhöhung der geforderten Kredite notwendig wäre, was auf die steigende Tendenz des Dinarkurses ungünstig zurückwirken müßte. Der Verwaltungsausschuß empfahl daher der Regierung, die erforderliche Geldsumme zunächst durch die Einhebung zahlreicher ausstehender Steuerforderungen hereinzubringen. Die Nationalbank werde erst nach Ablauf der Exportaison wieder über reichlichere Geldmittel verfügen.

Ermäßigung der Kohlenausfuhrabgabe für Oesterreich. Die von der tschechoslowakischen Regierung eingehobene Ausfuhrabgabe für die nach Oesterreich ausgeführte Kohle wurde auf Grund der im Jänner laufenden Jahres zwischen den Vertretern des tschechoslowakischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten und den Vertretern des österreichischen Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten in Prag gepflogenen Verhandlungen für den Monat Oktober 1922 mit 20 Prozent der in Kraft stehenden Abgabenlage festgesetzt.

Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	100	Schw. Frank	16,00
Breslau	100	Wart	52,33
Wien	100	östr. Kr.	29,00

Züricher Schlußkurve (Devisen).

Berlin	0,91,50	Paris	40,55
Wien	0,00,75	Mailand	22,80
Brag	16,00	Subpest	0,21
Holland	207,75	Bagam	1,30
New York	5,36	Barisbau	0,08
London	23,55	Wien gen.	0,00,87

Kunst und Wissen.

Jubiläum des tschechischen Svandatheaters. Am Mittwoch wurde die Spielzeit in dem neu eingerichteten und erweiterten Hause eröffnet. Die Leitung nahm dies zum Anlaß, ein doppeltes Jubiläum zu begehen: den 50jährigen Bestand des Svandatheaters selbst und die vor 75 Jahren erfolgte Erstaufführung des Volksstückes von Kajetan Tyt „Svanda dudal“ (Der Dubelsackpfeifer von Strakonitz oder das Fest der wilden Weiber). Svanda ist der populärste unter den Dubelsackpfeisern, die durch Jahrhundert in Böhmen beliebt waren, und an seinen Namen hängen sich Sagen und Legenden mannigfacher Art, ähnlich wie an den lieben Augustin in Wien. Diese Figur hat der Dramatiker Tyl in die Mitte eines Stückes gestellt, das in den Böhmen der Raimundschen Zaubertücke wandelt und diese volkstümliche Motive mit seinem Stoffe verknüpft. Die Aufführung war mit Erfolg bestrebt, dem vielgespielten Stücke zu allem Glanze zu verhelfen und fand mit ihrer reichen Ausstattung eine lebhafteste Beifall. Der Abend wurde durch eine Rede der Schauspielerin Loudova eingeleitet, in der die Entwicklung und die heutige Stellung des Svandatheaters gewürdigt wurde. Das Theater, das seinen literarischen Ehrgeiz immer auf das wirksamste betätigt hat, plant neben einer Reihe von Kammerstücken aus der Dramatik aller Literaturen besondere Nachmittage für die Jugend („Das weiße Schauspiel“). Das Haus repräsentiert sich in seinem neuen modernen Gewande außerordentlich schmunz und vorteilhaft. Dr. L. A.

Neues Theater. Heute: „Figaros Hochzeit“; Samstag, den 30.: nachmittags Urania-Vorstellung „Der fliegende Holländer“, abends Premiere „Riff“ (mit Käthe Dorsch); Sonntag, den 1. Oktober: nachmittags „Die Frau im Hermelin“, abends „Die Bajadere“; Montag, den 2. Oktober: Gastspiel Poljanoff-Schubert: „Othello“.

Kleine Bühne. Freitag, den 29.: „Flamme“ (mit Käthe Dorsch); Samstag, den 30. und Sonntag, den 1. Oktober: „Haben Sie nichts zu verzollen?“; Sonntag nachmittags: „Candida“.

Arbeiterdarstellung des Vereines deutscher Arbeiter in Prag: „Lohengrin“. Neues Theater, Sonntag, den 8. Oktober. Kartenvorverkauf bei Genossen Deutsch, Kleiner Vojar, Graben 25.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Böh.-Leipa. Die Bezirkskonferenz in B.-Leipa fand am Sonntag, den 24. September vormittags halb 9 Uhr statt, an der in Vertretung des Kreises Genosse Arnborg teilnahm. Bezirksvertrauensmann Genosse Reichelt gab in längerer Rede einen Bericht über die Tätigkeit der Bezirksorganisation und verwies auf die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich infolge der kommunistischen Wählerarbeit für die Partei ergeben. Ein besonderes Kapitel bildet die Arbeit in den Gemeindevorstellungen, in denen unsere Genossen gegenüber den landhändlerischen Vertretern einen schweren Stand haben. Die Berichte des Genossen Reichelt und des Kassiers Genossen Reil werden zur Kenntnis genommen und der Bezirksleitung die Entlastung erteilt. Hieraus hielt Genosse Arnborg ein Referat, in dem er insbesondere darauf verwies, daß viel, was früher veräußert wurde, nachzuholen ist. Die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Bewegung ist nicht allein eine Frage der Zugehörigkeit zur Organisation, sondern setzt die sozialistische Erkenntnis der

Gasthausverpachtung.

In der Gemeinde Botenwald gelangt mit 1. Jänner 1923 das Gemeindegasthaus zur **Wiederverpachtung**. Bewerber haben ihr schriftliches Anbot, befestigt mit einem 25 prozentigenadium des Anbotpreises, bis zum 15. Oktober 1922, 8 Uhr vormittags, mit der Aufschrift „Gemeindegasthauspacht“ versehen beim Gemeindevorsteher in Botenwald einzubringen. Die Pachtbedingungen liegen in der Gemeindegasthaus während der Amtsstunden, täglich von 8 bis 12 Uhr vormittags, mit Ausnahme der Sonntage, zur Einsichtnahme auf. Das Verpachtungsgeld wird ohne Rücksicht auf das Höchstangebot vorbehalten. 1085

Der Bürgermeister:
Richard Berner.

Bio-Programm

vom 29. September bis 5. Oktober.

LIDO-BIO IV. Epoche: **Genette, die Waise.**
Vorverkauf täglich von 10 ununterbrochen.

LUCERNA N. Lissenko und A. Mozhuchin
bekannt aus dem Film „Lacho Balazzo“ in ihrem neuen Film **„Stürme“.**
Alleiniges Ausführungsrecht für Prag.

SANSOUKI Premiere: **Der Silberkönig.**
In der Hauptrolle Bruno Kastner.
L. u. II. Epoche auf einmal.

Mitglieder voraus. Namens der Jugendlichen nahm Genosse Hoffmann an der Konferenz teil. In der Debatte sprachen die Genossen Bahl, Klimt, Stunittschka u. a., worauf die Wahl der Bezirksleitung vorgenommen wurde. Die Konferenz beauftragte sodann die neue Bezirksleitung, unbenutzlich eine Sitzung einzuberufen und ein Arbeitsprogramm auszuarbeiten.

Turnen und Sport.

Fußball. Slavia schlägt Rapid. Wien 3 : 1 (1 : 1). Glücklicher Sieg der technisch unterlegenen Slavia, die besonders in der zweiten Halbzeit von Rapid ausdauernd eingeschürt wird. Slavia konnte ihre Tore aus raschen Durchbrüchen erzielen. Ein Tor aus einem Penalty. Die Tore Rapiers waren reiner Durchgearbeitet und aus tabellösen Kombinationsangriffen erzielt. Rapid jedoch spielte etwas zu langsam, während Slavia gleichfalls ihre alte Durchschlagkraft eingebüßt hat. Das ganze Spiel war annehmbar schön erreicht aber bei weitem nicht die Höhe jener großen internationalen Wettspiele im heutigen Frühjahr. Der Schiedsrichter war in der ersten Halbzeit sehr gut, in der zweiten begann er für die Slavia zu „drücken“. Slavia spielte unmaßig derb und roh. Rapid wäre dringend anzuraten, die Mannkraft durch jüngere Kräfte neu zu beleben. Der rechte Verteidiger Rapiers (Popowich) war der beste Mann im Felde. 20.000 Zuschauer. — Vorher spielten Meteor-Weinberg geg. Meteor VIII 4 : 1 Weisterschloßspiel. — Am Sonntag spielt 1. FFA: Altruberg gegen Sparta am Spartaplatz. D. F. C. gegen Bratovic 1 : 2.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Eine interessante Preisfrage. Unsere Leser haben Gelegenheit, sich an der Lösung einer interessanten Preisfrage zu beteiligen. Die Verion-Kaufhaus-Ges. in b. S., Prag, richtet an das Publikum die Frage: Welche Vorteile bietet das Tragen von Verion-Gummihöhlen und Verion-Gummihöhlen? und setzt für die richtige Beantwortung eine schöne Anzahl von Geldpreisen aus. Wir verweisen auf das beiliegliche Inserat in unserer Blatte, welches alle näheren Bedingungen enthält. Nachdem die Beteiligung für jedermann offen ist, sieht ein interessantes Ergebnis bevor. Die besten Lösungen, sowie die Namen des betreffenden Einsenders, welche mit Preisen beehrt werden, werden in den Tagesblättern veröffentlicht. 1083a

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: C. Solty.

Wo verkehren wir?

- Café Continental, Prag-Graben
- Goldenes Kreuzel, Prag-Nezantna.
- Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smecny 22 (Urania). 1090

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Restaurant ŠKVR. Weinberge.
Rubezgasse 7. 1068
Zusammenkunft jeden Donnerstag.

Ein Arbeiter-Taschenkalender für das Jahr 1923

der allen Ansprüchen Rechnung trägt, die an ein solches Buch gestellt werden können, wird vom Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik herausgegeben. Trotz des niedrigen Preises von 6 Kronen enthält der Taschenkalender, der gut gebunden ist, eine Fülle von Wissenswerten. Außer einem Kalendarium, einem Tagereich und den für gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter wichtigen Adressen findet man in diesem Handbuch für Vertrauensmänner, so darf man diesen Kalender wohl nennen, Aufsätze aus den Gebieten der sozialen Gesetzgebung und der Volkswirtschaft, sowie vieles Wissenswerte für den Arbeiter.

Bestellungen übernehmen alle Kolporteurs, unserer Parteipresse und die Vertrauensmänner unserer Organisationen, sowie das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Tepliz-Schönau, Zellerstraße Nr. 1. 1057